Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 840.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71. Sonnabend, den 24. März 1917. 24. Jahrg.

Die Brotfrage.

Die wöchentliche Brotration wird ab 15. April um ein Viertel — etwa 450 Gramm — herabgesetzt! Diese Nachricht würde uns wie ein Donnerschlag rühren, wenn nicht sofort hinzugefügt würde, daß für die ausfallenden Mengen ausreichender Ersatz zur Verfügung gestellt werden soll. In der Konferenz mit den Gewerkschaftsvorständen hat Herr v. Batocki von Grütze und Graupen gesprochen. Offiziöse Berichte sprechen von Gemüsekonserven und namentlich von Kartoffeln, deren Wochenration auf 5 Pfund hinaufgesetzt werden soll. Der späte Frost, der uns in anderer Beziehung höchst unwillkommen war, hat die Kartoffeln in den Mieten vor dem Verfaulen geschützt, also auch wieder sein Gutes gehabt. Und — Hauptsache! — die Fleischration soll erhöht werden, wie es heißt, auf das Doppelte der bisherigen Menge, und durch Reichszuschüsse soll auch den Minderbemittelten der Ankauf dieses hochwertigen Nahrungsmittels ermöglicht werden.

Für soviel gute Dinge könnte man die neun Schnitte Brot, die uns wöchentlich entzogen werden sollen — täglich eine und an zwei Tagen zwei — getrost fahren lassen, nur muß man diese guten Dinge erst haben. Ist es notwendig zu sagen, daß die Bevölkerung etwas unruhig und mißtrauisch ist? Heute wird es überall heißen: Ja, das Stück Brot nimmt man uns, das ist gewiß, aber was man uns dafür geben wird, ist es etwas anderes als Versprechungen? Diese Unruhe muß sobald wie möglich beseitigt werden und zwar durch das einzige Mittel, das es gibt: durch den Gegenstandsbeweis.

Die Kürzung der Brotration ist notwendig, weil wir sonst nach den Berechnungen der Statistiker vor der Einbringung der neuen Ernte vor dem Nichts ständen. Gegen diese drohende Katastrophe gibt es nur dies eine Mittel; auch der Friedensschluß, den wir alle bis dahin sehnlichst erwünschen, ist keines. Der Mangel ist in allen Ländern allgemein und über die wieder geöffneten Grenzen würden uns keine wesentlichen Zufuhren kommen. Wir müssen also, sagen die Statistiker, jetzt mit wenigem auskommen, damit wir auch später wenigstens mehr als gar nichts haben. Das ist ein unfehlbar richtiger Schluß, falls die Voraussetzungen richtig sind.

Indes, von 200 Gramm Brot im Tag kann der Mensch nicht leben. Was vermieden werden soll, wird nur dann wirklich vermieden, wenn der Ersatz für die ausfallenden Brotmengen ausreichend, erreichbar und zur rechten Zeit bereit gestellt ist. Von diesem Standpunkt aus müssen die entschiedensten Bedenken dagegen erhoben werden, daß die Neuregelung für das ganze Reich an ein und demselben Tage erfolgen soll.

Bis zu diesem Tag werden Reichsverteilungsstellen und Gemeinden eine ungeheure Arbeit zu bewältigen haben. Berechnungen müssen aufgestellt werden, Güterzüge müssen auf und ab rollen, lokale Verteilungspläne müssen ausgearbeitet werden. Wenn eine einzelne Provinz oder Gemeinde mit ihren Vorbereitungen zurückbleibt und trotzdem am Verfallstag die Kürzung der Brotration eintritt, so ergibt das Zustände, deren Schilderung man sich besser erspart. Eine Beunruhigung der Bevölkerung wird nur dann vermieden werden, wenn man ihr die Gegenwerte in die Hand gibt, noch ehe man ihr das Brot entzieht.

Grütze, Graupen, Gemüsekonserven, Kartoffeln, Fleisch, das ist auf einmal ein bißchen viel. Man könnte fast besorgen, uns nahten Festwochen, in denen wir uns den Magen verderben würden. Wäre es nicht besser, es könnte uns möglichst bald bestimmt gesagt werden: Ihr bekommt dies und das und nichts anderes, und zwar so und so viel, nicht mehr und nicht weniger? Die Antworten würden wahrscheinlich nicht in allen Gemeinden gleich ausfallen, Hauptsache aber ist, daß sie überall gleich bestimmt und gleich verArmen bereitgestellt sind.

Wie es heißt, sollen die Zulagen für Schwerarbeiter bleiben, die für Jugendliche aber wegfallen. Auch über die Bedeutung dieser Maßregel wird ein abschließendes Urteil erst möglich sein, wenn die Ersatzfrage vollkommen klar gelöst ist. Nicht vergessen darf werden, daß das Brot das am leichtesten transportable Nahrungsmittel ist, das in Werkstatt und Kontor für den Tagesbedarf mitgenommen werden kann, daß also die Ernährungsschwierigkeiten von Personen, die tagsüber vom häuslichen Herd weit entfernt sind, gesteigert werden.

Auch der Lösung der Fleischfrage wird man mit Spannung entgegensehen. Was soll das Fleisch den Minderbemittelten kosten, und wo wird die Grenze zwischen Minderbemittelten und Bessergestellten gezogen werden? Daß dabei auf die Kopfzahl der Familie Rücksicht genommen werden wird, darf als selbstverständlich gelten. Technisch dürfte die Sache so gemacht werden, daß die Minderbemittelten Fleischmarken bekommen, die zugleich als Zwangsmittel dienen. Bleibt aber das, was sie noch hinzuzuzahlen haben, so hoch, daß sie dennoch auf den Kauf verzichten, so wird — das läßt sich dann nicht verhindern — ein schwunghafter Fleischmarkenhandel die Folge sein. Man hüte sich, einen Zustand zu schaffen, der den Minderbemittelten nur Scheingerichte gewährt, während man den Bessersituierten den Weg zu den Fleischtöpfen öffnet, die eigentlich für die Armen bereit gestellt sind.

Die Herabsetzung der Fleischpreise für die Minderbemittelten führt nur dann zum angestrebten Erfolge, wenn der herabgesetzte Preis für sie wirklich erschwinglich ist.

Einstweilen wollen wir uns der Hoffnung hingeben, daß es doch besser kommen wird, als mancher heute befürchten muß. Für die nächste Zeit erwarten wir von den Behörden klare und eindeutige Mitteilungen über Art und Weise der geplanten Maßregeln, umfassende Vorbereitungen und — um es zu wiederholen — die bestimmte Zusicherung, daß ausreichender Ersatz noch vor der Kürzung der Brotration gewährt werden wird.

Es bleibt noch übrig, die Wirkung der Nachricht auf das Ausland in Erwägung zu ziehen. Unser Rationierungssystem bringt es ohnehin mit sich, daß unsere Gegner jeden Bissen Brot und jede Kartoffel, die wir verzehren, zählen können. Ein Versteckspiel hätte da gar keinen Sinn. Auch über die Stimmung der Bevölkerung können sich die Gegner mit einiger Fähigkeit zu psychologischer Beurteilung ein ziemlich klares Bild machen. Uebertreibungen werden desto sicherer verhütet, je weniger man etwas zu verbergen sucht. Sagen wir also: Die Stimmung der Bevölkerung ist noch nicht so, daß durch sie das Urteil über die Tragweite ihrer Handlungen getrübt würde, und es ist Pflicht der Behörden, dafür zu sorgen, daß sie niemals so wird.

Rußland.

Eine sonderbare Meldung kommt aus Basel. Nach derselben erfährt die „Gazette de Lausanne" aus Kopenhagen, daß der Zar zur Abdankung gezwungen worden ist, weil die Duma-Abgeordneten im Besitz von Akten waren, die den Entschluß des Zaren bewiesen, mit Deutschland Frieden zu schließen. Dieser Friede sollte nach dem Blatte unter folgenden Bedingungen geschlossen werden: Rückgabe Lothringens an Frankreich, Abtretung Russisch-Polens an das autonome Polen, Erwerb von Ostgalizien durch Rußland, eine von Oesterreich allen Slawen der Donaumonarchie garantierte Autonomie. Da der Zar seine geheimen Pläne auf diese Weise enthüllt sah, sei er zur Abdankung gezwungen gewesen. Zur Verhandlung über diesen Friedensvertrag sei seinerzeit der deutsche Reichskanzler nach Wien gereist. — Wir geben diese Meldung wieder, um unsere Leser über die verschiedenen Lesarten zur Abdankung des Nikolaus zu informieren.

Ein Ministerrat beschäftigte sich nach einer Meldung aus Malmö mit der Vorlage eines Entwurfs zur Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und mit der Vorbereitung der Einberufung einer konstitutionellen Versammlung. Schließlich einigte sich der Ministerrat dahin, daß mit der Ausschreibung der Wahlen begonnen werden soll, wenn die neue Staatsform im ganzen Lande durchgeführt ist. Eine Verschiebung der Wahlen bis nach dem Kriege wurde von der Mehrheit des Ministerrats abgelehnt. Der Justizminister Kerenskij erklärte den Pressevertretern, daß zwei Drittel aller Städte sich in zustimmenden Erklärungen für die neue Regierungsform eingesetzt haben.

Eine offiziöse Darstellung der jüngsten Vorgänge in Rußland gibt die der Regierung unterstehende Petersburger Telegraphenagentur: Nach den letzten Nachrichten schloß sich ganz Rußland mit Einschluß Finnlands, Turkestans und Sibiriens voll und ganz der neuen Regierung an, die die Duma mit kräftiger Unterstützung der patriotischen Truppen plötzlich im Zarenreich aufgerichtet hat. Niemals ist eine Revolution so kurz gewesen wie die, die wie eine Zündschnur von Petersburg ausging und in wenigen Tagen das ganze Land in Flammen setzte und seine völlige Wiedergeburt vollendete. Man muß die Quelle dieses offenbaren Sieges in der sozialen Notwendigkeit suchen, die seit Jahren und ganz besonders in der letzten Zeit der ganzen russischen Nation, die sich dessen vollkommen bewußt ist, den Beweis lieferte, daß der Staat in einen Abgrund nicht wieder gutzumachenden Unglücks geschleudert würde, und der Krieg mit Schmach verloren sei, wenn die alte, durch und durch egoistische Regierung unter Führung der verweichlichten Dynastie fortfahren würde, die Politik der Volksunterdrückung zu treiben, die alle schaffenden Kräfte lähmte. Darum ertönte der Ruf: „Nieder mit dem alten verrotteten Regime! Es lebe der freie demokratische Staat!" in Petersburg und ist von ganz Rußland einstimmig aufgenommen worden, von Rußland, das auf einen Schlag und fast schmerzlos sich der Fesseln der absoluten Monarchie entledigte. Tatsächlich kostete der Staatsstreich nach den Schätzungen Rußlands mit seinen 170 Millionen Einwohnern nur 2000 Tote und Verwundete. Diese Zahl stellt einen verhältnismäßig unbedeutenden Bruchteil gegenüber der Gesamtsumme der Opfer der Revolutionen anderer Länder, die die Geschichte kennt, dar. — Aus dem gleichen Grunde nahm Rußland, oder vielmehr Petersburg, das höchstens eine Woche in Unordnung war, fast ganz das normale Leben auf, denn jedermann schließt sich schnell dem neuen Regime an. Die Zeit, da der Zar und seine Günstlinge das Land erwürgten, erscheint wie ein Albdruck, der von dem Lichte der politischen Freiheit glücklich zerronnen ist. Diese Freiheit genießt Rußland um so mehr, da die neue Regierung ihr Möglichstes tut, um ohne die geringste Verzögerung die Grundsätze zu verwirklichen, die sie in ihrem Manifest am ersten Tage, da sie zur Macht gelangte, verkündete. In der Tat sind die politische Amnestie, die völlige Wiederherstellung der finnischen Verfassung und andere liberale Maßregeln militärischen und zivilen Charakters der beste Beweis dafür. Von den Ereignissen der letzten Tage sind folgende bemerkenswert: Die neue Regierung, die von der Bevölkerung mit Beifall aufgenommen und eifrig unterstützt wird, hob die Gouverneure und Vizegouverneure, von denen die als alte Parteigänger des alten Regimes bekannten verhaftet wurden, auf, und übertrug die Verwaltung den Präsidenten der Semstwos als zeitweiligen Kommissaren. Um das Land gegen jeden Versuch einer Gegenrevolution und monarchischen Propaganda zu sichern, beraubte die Regierung den ehemaligen Zaren und die Zarin ihrer Freiheit und isolierte sie in dem Palast Zarskoje Sselo. Justizminister Kerenskij brachte im Ministerrate einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe ein und traf Verfügungen, die Frauen zu den Wahlen für eine konstituierende Versammlung zuzulassen und befahl ferner, mit allen nur möglichen Mitteln die Rückkehr der wegen politischer Vergehen ausgewanderten Verbannten nach Rußland zu erleichtern. In den meisten Städten wurde die ehemalige bestechliche Polizei durch die Miliz ersetzt, die aus den Einwohnern gebildet wurde und die überall vollkommene Ordnung aufrechterhält. Die gleiche Miliz ist auch in Petersburg eingerichtet, das fast sein gewöhnliches Aussehen wieder angenommen hat. Die Petersburger Zeitungen erscheinen nicht mehr von der Zensur verstümmelt. Eine freudig bewegte Menge durchzieht die Straßen und füllt die Läden. Zahlreiche politische Vereinigungen und Versammlungen, welche die ehemalige bureaukratischen Verwaltungsbeamten niemals genehmigten, werden unaufhörlich abgehalten und erfüllen die Hauptstadt mit angeregtem öffentlichen Leben. Die Theater werden Sonntags die Vorstellungen wieder aufnehmen; die Lichtspieltheater bereiten Films vor, welche Ereignisse aus der Revolution vorführen. Das einzige, was an die großen durchlebten Tage erinnert, sind die roten Fahnen, die Sinnbilder der Freiheit, womit die meisten Häuser geschmückt sind, und die rote Fahne auf dem Dache des Winterpalais, das gemäß dem Regierungsbeschluß der Sitz der demnächst stattfindenden konstituierenden Versammlung sein wird. Die Nachrichten aus der Provinz lauten ermutigend und melden fast einstimmig von der Freude der Bevölkerung, von dem Joche des Zarentums befreit zu sein, und von dem festen Entschluß des Landes, sich ihm niemals wieder zu beugen.

Wie wenig Neigung noch bei den Soldaten vorhanden ist, weiter als Kanonenfutter zu fungieren, geht daraus hervor, daß ein vom Kriegsministerium gebildetes Offizierskomitee die Soldaten und Wehrpflichtigen auffordert, zu ihren Truppenteilen zurückzukehren. Viele Soldaten haben bereits den bunten Rock mit dem Zivilanzug vertauscht. Dieses Vorkommnis ist ein weiterer Beweis dafür, wie sehr dem russischen Volke dieses entsetzliche Morden über ist.

Der „National-Zeitung" wird aus Malmö gedrahtet: In einer jetzt erst auf heimlichen Wegen nach Haparanda gelangten sozialistischen Proklamation wird der Plan einer neuen Monarchie, sei es unter dem Großfürsten Michael oder unter irgend einer anderen Dynastie, glattweg verworfen und es wird die Republik gefordert. Rußland habe Sehnsucht nach dem Frieden und versuche, Friedensverhandlungen aufzunehmen. Diese werden sogar als unmittelbar bevorstehend bezeichnet. Das Petersburger Bureau wollte dieses Manifest, das unter anderem auch von dem Sozialistenführer Tscheidse unterzeichnet war, nicht befördern.

Die französische Presse erfährt aus Petersburg, daß General Iwanow als einziger versuchte, das alte Regime zu retten. Er befahl der Garnison von Zarskoje Sselo, gegen die Revolutionäre zu marschieren. Die bereits zur Revolution übergetretene Garnison ernannte drei Delegierte, um mit Iwanow zu verhandeln. Dieser ließ sie ohne weiteres verhaften, worauf die Garnison ihn benachrichtigte, daß der

Palast Zarskoje Sselo, wo die Zarin mit ihren Kindern weilte, zusammengeschossen würde, falls die Delegierten nicht unverzüglich freigelassen würden. Iwanow, der seine Sache verloren sah, ergriff die Flucht.

Vom Tage.

Die gegenwärtige Kriegslage im Westen wird von dem Militärkritiker des Berner „Bund" unter Berücksichtigung der Dreiteilung der von den Deutschen geräumten Gebiete wie folgt beurteilt: Die erste Zone ist etwa 10 Kilometer tief, ein ehemaliges Grabensystem, das schon durch die gesprengten Verteidigungsanlagen und die fortgesetzte Beschießung ungangbar geworden ist. Die zweite Zone dahinter, etwa 10 bis 15 Kilometer tief, umfasse einen Gebietsstreifen, der bis auf wenige Ortschaften, in welchen die Bewohner gesammelt wurden, vollständig zerstört sei, wie man vor einer Festung das Glacis rasiere. In diese Zone seien nach Überwindung der dünnen Schonschicht die Franzosen und Engländer jetzt eingedrungen und arbeiteten sich, wie zu erwarten, unter größten Schwierigkeiten vorwärts, zumal sie sich jeden Abend neu eingraben müßten. Je weiter sie vorrücken, desto mehr würden sich die Schwierigkeiten häufen, und desto mehr entfernten sich die Franzosen und Engländer von ihrer Basis mit Verpflegung, Material und Munition. So erscheine heute schon die Verfolgung in einen unleidlichen Zwiespalt gepreßt. Die dritte Zone sei noch nicht von den Verfolgern erreicht. Sie umfasse das eigentliche Vorgelände der neuen deutschen Hauptstellungen, denen Stegemann, mit Hinweis darauf, daß bei ihnen der Sieg und Frieden erkämpft werden solle, kennzeichnend und mit erfreulicher Vorbedeutung die Bezeichnung „Siegfriedstellung" gab.

Im englischen Unterhaus brachte Bonar Law den Antrag ein, dem russischen Volke Grüße und Glückwünsche zur Schaffung freier Institutionen zu senden und sagte, die Ereignisse in Rußland folgten aufeinander mit reißender Schnelligkeit. Sie lenkten während der letzten 18 Tage mitten innerhalb der größten Erschütterung, die die Erde jemals durch Menschenhand erfahren hat, die Aufmerksamkeit der Welt auf sich. Die Ereignisse in Rußland erinnerten an die Anfänge der französischen Revolution. Es sei zu früh, zu sagen, daß alle Gefahr vorüber sei, aber es sei für die Mutter der Parlamente nicht zu früh, dem Parlament eines verbündeten Landes Grüße zu senden, ebenso einer Regierung, die mit der ausgesprochenen Absicht gebildet wurde, den Krieg zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Ihre Aufgabe zähle zu den schwersten, die je einer Regierung zugefallen sind, sie solle die Angreifer aus dem Lande treiben und zu Hause Freiheit und Ordnung aufrichten. Es kommt uns nicht zu, diejenigen zu richten oder zu verurteilen, die an der Regierung des verbündeten Landes teil hatten, aber es möge mir erlaubt sein, das Gefühl der Teilnahme für den Zaren auszudrücken, der drei Jahre unser loyaler Verbündeter gewesen ist und auf den durch seine Geburt die Last gelegt war, die als zu schwer für ihn sich erwiesen hat. Ich kann nicht außer acht lassen, daß eine der großen Fragen dieses Krieges die war, ob freie Einrichtungen sich gegen einen Anfall militärischen Despotismus würden behaupten können oder nicht. Bonar Law schloß: Ich gebe mich der freudigen Hoffnung hin, daß sich in den letzten Stadien des Kampfes alle alliierten Länder unter der Leitung von Regierungen befinden werden, die die Vertretung ihrer Bevölkerung darstellten.

Asquith sprach in ähnlichem Sinne und gab der Hoffnung Ausdruck, daß weder die neue Regierung noch das russische Volk um ein Jota von ihrem Entschluß abweichen werden und von der Zusammenfassung aller ihrer Hilfsmittel, um den Krieg zu einem solchen Ende zu führen, wie es allen Opfern sämtlicher Verbündeten entspricht. — Wenn diese Hoffnung nur nicht zu Wasser wird!

*

In Italien sollen nach verschiedenen Meldungen ernste Unruhen ausgebrochen sein. Die Bewegung begann mit Hungerexzessen und kriegsfeindlichen Kundgebungen. Das Militär soll in zahlreichen Fällen eingeschritten sein. Man muß erst nähere Nachrichten abwarten, bevor man über die Richtigkeit dieser Meldungen urteilen kann.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Berlin, 23. März, abends. (Amtlich.)

Im Somme- und Oise-Gebiet Vorstoßgefechte; sonst an Westen und Osten nichts Wesentliches.

*

Wien, 23. März. (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Unser gestern gemeldeter Vorstoß an der Bzura-Mündung dem Feind starke blutige Verluste. Sonst nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Östlich des Ochrida-See scheinen abermals ein kraftvoller Angriff.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein Ueberlebender vom Dampfer „Sussex".

Der Dampfer „Daily" brachte ein Interview des amerikanischen Dampfers „Sussex" mit nach Frankreich, das mit 80 Insassen gekentert ist. In dem Boot befand sich der einzige Überlebende dieser jüngst Tage, ein Matrose, den er gleich nach dem Boot angetrieben. Er ist verwundet und es sind dem Arme und Arme erfroren. Er wurde vom Feind Krieg ins Spital gebracht.

*

Amerika.

Das Tempo und der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Das Kabinett ist einstimmig dafür, dem Kongreß eine Resolution vorzulegen, daß der Kriegszustand mit Deutschland seit dem 14. März eingetreten ist.

Im Hauptausschuß des Reichstags.

Am Donnerstag wurde zunächst die Schlußdebatte erledigt. Dann wurde die Resolution angenommen, die Regierung zu ersuchen, durch Eingriffe, daß die Kohlenpreise als Grundlage oder Anerkennungsgrenze aus Anlaß der Streiks nicht über den Stand der Januar-Preise erhöht werden, und daß die Gemeinden eine Kommunalbeihilfe aus der Kriegsfürsorge zur Verfügung zur Sicherung der Kohle und kriegswichtiger Betriebe in unserer Anlage beschaffen werden.

Sodann wurde mit der Erörterung der Schutzhaft begonnen. Der Kriegsminister teilte mit, daß schon seit längerer Zeit internationale Gesellschaften tätig waren, über unser Land ein Netz von Spionen zu verbreiten, um alle Nachrichten zu sammeln, die für feindliche Staaten von Wichtigkeit wären. Demgegenüber sei die Militärverwaltung gezwungen, Gegenmaßregeln zu treffen. Dabei mußte sie sich leider auch auf solche Mitteilungen stützen, die nicht immer von den wertvollsten Leuten gemacht wurden. Es ist daher möglich, daß hier und dort auch unzuverlässige Mitteilungen die Grundlage der Maßnahmen, also auch der Verhaftungen gewesen sind. Manche Härten mögen vorgekommen sein, aber das neue Gesetz über die Schutzhaft habe ganz bedeutende Milderungen gebracht. Scharf gerügt worden sei es, daß einzelne kommandierende Generäle sich nicht genügend nach dem neuen Gesetz gerichtet hätten. Er müsse aber nachdrücklich betonen, daß es sich nicht etwa bei diesen Herren um eine absichtliche Nichtbeachtung des Gesetzes handelte, sondern einzig und allein um verschiedene Auffassungen über die Bedeutung und den Geltungsbereich des Gesetzes. Inzwischen seien die aufgetauchten Rechtsfragen geklärt. Ferner war Zweifel darüber, ob die Aufhebung der Schutzhaft sofort erfolgen müsse nach dem Inkrafttreten des Gesetzes oder erst nach drei Monaten. Hier ist entschieden worden, daß die Aufhebung sofort erfolgen müsse. Jedoch sei es einfach unmöglich gewesen, die Fälle alle zu gleicher Zeit zu erledigen. Schließlich handelte es sich um die Frage, welches Recht in den Operationsgebieten herrsche. Hier müsse in erster Linie das Kriegsrecht stehen, für die Sicherheit der Truppen und für die Durchführung der militärischen Maßnahmen zu sorgen. Wenn hier Verhaftungen notwendig sind, so müßten sie auf Grund der Kriegsrechte erfolgen. Wo freilich der Stellungskrieg sich herausgebildet und die militärischen Maßnahmen sich über eine sehr lange Zeit erstrecken, da müßte die Sache doch dem Gesetz über die Schutzhaft unterstellt werden.

Wart Ihr dabei

im Schützengraben, bei eisiger Kälte, bei glühender Hitze, in Lehm und Dreck, in Nässe und Regen, wenn nach wochenlangem höllischen Trommelfeuer der rasende Feind zum Sturme rannte und an unserer Helden sieghafter Wehr sich blutige Schädel holte?

Wart Ihr dabei im einsamen Unterseeboot, weit draußen im unendlichen Meer, in Sturm und Drang, in Not und Tod, auf erfolgreicher Jagd nach dem Engländer?

Wart Ihr dabei, wenn unsere Flugzeuge und Zeppeline sich trutzig und verwegen den feindlichen Geschwadern entgegenwarfen zum Schutz unserer Kinder, Frauen und Greise, unserer blühenden Städte und Dörfer?

So seid wenigstens jetzt dabei wenn es gilt, im sichern Schoß der Heimat ohne Gefahr für Leib und Leben am großen Ziele mitzuwirken. Es geht der Entscheidung entgegen! Wer Kriegsanleihe zeichnet, verkürzt den Krieg, beschleunigt den Frieden. Wer aber jetzt noch dem Vaterland engherzig sein Geld vorenthält, demselben Vaterland, dem unsre Söhne, Brüder und Väter ihr Leben opfern, der hilft unsern Feinden.

Die 6. Kriegsanleihe ist eine Ehren-Urkunde, die jeder besitzen muß.

Oberst v. Wriesberg teilt mit, daß bis jetzt auf Grund des neuen Gesetzes 310 Personen aus der Schutzhaft entlassen sind und für 127 Personen die Aufenthaltsbeschränkung zurückgenommen worden sei. Im Sommermonat Mai seien keine Personen mehr in Schutzhaft und keine Personen einer Aufenthaltsbeschränkung unterworfen. (Zuruf: Weil sie alle eingesperrt sind!) Im Gouvernement Straßburg seien nun Personen in Schutzhaft und 25 Personen mit der Rückkehr wieder gestattet. In Saarbrücken seien 36 Personen in Schutzhaft, 25 Personen seien der Aufenthaltsbeschränkung unterworfen und 1 sei die Rückkehr gestattet. Am 1. Dezember v. J. seien im ganzen 573 Personen in Schutzhaft gewesen und 685 Personen Aufenthaltsbeschränkungen auferlegt.

Abg. Gröber (Z.) führt eine lange Reihe von Fällen an, zunächst gefährlicher Personen, dann anderer Personen, in denen nach der Verhaftung der Beschuldigten und nach den ganzen Umständen angenommen werden muß, daß die Verhängung der Schutzhaft oder der Aufenthaltsbeschränkung ungerechtfertigt ist. Demnach seien alle Bemühungen vergeblich gewesen. Dabei sind Fälle unglaublicher Härten und unmenschlicher Behandlung vorgekommen. Die militärischen Beschwerdeinstanzen hätten auch nach dem Erlaß des neuen Gesetzes vielfach ihr Verhalten nicht geändert. Ebensowenig sei eine Besserung eingetreten, nachdem das Kriegsministerium durch ein Rundschreiben die Gemüter beruhigt habe, nach denen das Gesetz ausgeführt werden müsse. Und jetzt die Verhandlungen im Reichstage über diese bedauerlichen Fälle am 23. Februar 1917 haben nicht verhindert, daß neulich die ohne zwingenden Grund gemaßregelten Personen immer ihre Rechte zurückbekommen haben. Ja, es wurde bekannt, daß in der letzten Zeit ein neues ebenfalls ungesetzliches Verfahren eingeschlagen worden sei. Es wurde nämlich den Elsaß-Lothringern die Aufenthaltsbeschränkung abgenommen, aber mit der Erklärung, die Gemaßregelten dürften nach Elsaß-Lothringen nicht mehr zurückkehren. Der Reichstag müsse verlangen, daß das Gesetz über die Schutzhaft vom 4. Dezember 1916 in allen seinen Punkten aufs genaueste durchgeführt werde.

Der Kriegsminister gibt letzteres zu; auch er sei bestrebt, dafür zu sorgen, daß das Gesetz durchgeführt werde; er tue alles hierfür, was in seinen Kräften stehe.

Oberst Wriesberg geht auf die einzelnen von Herrn Gröber vorgetragenen Fälle ein, soweit sie bereits untersucht sind. Er muß zugestehen, daß sie im wesentlichen durchaus richtig sind.

Abg. Wendel (Soz.) stellt fest, daß in Elsaß-Lothringen neben ganz wenig politisch tätigen Personen Hunderte von Personen gemaßregelt worden sind, die sich seit jeher politisch durchaus ruhig verhalten und sich niemals an Bestrebungen beteiligt haben, die man für deutschfeindlich hinstellen könnte. Ganz besonders seien verfolgt worden die Mitglieder der Gesellschaft „Souvenire francaise". Aber über diese Kreise hinaus seien die Maßregelungen noch ausgedehnt worden. Man müsse sagen, daß alle die Personen, die in Frankreich Verwandte hatten, als verdächtig gemaßregelt wurden. Dasselbe Schicksal traf solche Personen, die früher häufig Geschäfts- oder Vergnügungsreisen nach Frankreich gemacht haben, ja, alle wohlhabenden, bekannten und beliebten Personen seien in Schutzhaft genommen worden. Redner führte eine ganze Reihe von Fällen an, in denen eine ungeheuerliche Behandlung der Gemaßregelten vorgekommen sei. Ganz besonders scharf verurteilte der Redner die Zustände, die in der ersten Zeit auf der Festung Ehrenbreitstein geherrscht haben. Manches sei inzwischen besser geworden, jedoch bestehen auch heute noch arge Härten. Das neue Gesetz werde in sehr viele Fällen umgangen. Alles, was der Reichstag bisher getan habe, um die Beachtung des Gesetzes zu erzwingen, habe nicht den nötigen Erfolg gehabt. Er stelle fest, daß der Kriegsminister kein Wort der Erwiderung gehabt habe auf die Behauptung des Abg. Gröber, daß in der letzten Zeit ein neues ungesetzliches Verfahren eingeschlagen sei. Die von Herrn Gröber aufgestellte Behauptung sei wahr. Er kenne derartige Fälle. Dann wendete sich der Redner zu den Maßnahmen gegen die französische Sprache. Auch jetzt bestehe noch der unerhörte Zustand, daß gegen den Gebrauch der französischen Sprache selbst in den Gegenden vorgegangen werde, in denen noch eine ganze Anzahl alter Leute wohnen, die niemals eine deutsche Schule besucht haben. Auch sie sollen bestraft werden, wenn sie auf der Straße oder an öffentlichen Plätzen französisch sprechen. Ganz besonders zeichnet sich hierin der Gouverneur von Metz, General v. Owen, aus. Alle Bemühungen, für die deutsche Kultur Sympathie zu erringen, seien durch diese Wirtschaft gefährdet. Es herrsche ein Spitzelwesen wie in der schlimmsten Zeit der römischen Kaiserherrschaft. Es sei die allerhöchste Zeit, daß mit dieser Zeit in Elsaß-Lothringen ein Ende gemacht werde.

Der Kriegsminister glaubte hervorheben zu müssen, daß die vorgebrachten Fälle in ihren Einzelheiten noch nicht erwiesen sind. Bevor man ein abschließendes Urteil sich darüber bilden könne, müsse doch erst das Ergebnis der Untersuchungen abgewartet werden.

Die Ernährungsfragen im Ausschuß.

Der Unterausschuß, der die Differenz wegen Festsetzung der Preise für Schweine unter 75 Kilo prüfte, schlägt vor, die unterste Stufe der vom Kriegsernährungsamt festgesetzten Preise (bis zu 60 Kg. 53—61 Mk.) fallen zu lassen. Die Kommission stimmte zu.

Der Ausschuß verhandelte dann über die Regelung der Einfuhr und Durchfuhr. Die Besprechung wird eingeleitet mit einem Bericht des Geschäftsleiters der Z. E. G. In der Debatte werden einzelne Beschwerden über das Geschäftsgebaren der Z. E. G. besprochen. Von der Verwaltung wird zugegeben, daß einzelne Fehler oder Mißgriffe vorkommen können, wie in jedem großen Betriebe. Die straffe Zentralisation der Einfuhr sei aber unerläßlich und leiste großes für die allgemeine Versorgung. Nur so können die greifbaren Bestände im Auslande der Spekulation entzogen werden, die sie zu unerhörten Preisen dem zahlungsfähigen Publikum zuführen würde. Die Paketsendungen aus dem Auslande haben zu groben Mißbräuchen geführt, das Verbot sei gerechtfertigt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Einzelberatung des Etats des Innern.

Als am Donnerstag der Staatssekretär nicht an seinem gewohnten Platze erschien, wollte ein Gerücht wissen, der Staatssekretär sei erkrankt. Aerger wird er genug empfunden haben, als ihm am Morgen der Boykott der fünf Berliner Verlegerfirmen — Mosse, Scherl, Ullstein usw. — entgegentrat, der seine erste sozialpolitische Rede „aus Papiermangel" unterdrückt hatte. Herr Helfferich hat keine sehr glückliche Hand und eckt allzu häufig an; in diesem Falle bei einer Besprechung über die Papierrationen für die Zeitungen, die für die deutschen viel geringer ausfallen wie für die österreichischen Blätter. Aber das Gerücht von der Erkrankung war falsch. Im Verlaufe der Sitzung erschien Herr Helfferich wieder und konnte die Titel seines Etats vorüberziehen sehen. Die Debatten hielten sich zwar diesmal im kriegsmäßig engen Rahmen, aber sie nahmen doch lebhafte Formen an. Genosse Schulz sprach beim Titel Reichsschulkommission als Sachverständiger über Schulfragen. Er wandte sich gegen das Institut der Einjährig-Freiwilligen und verteidigte die mit kleiner Mehrheit in der Budgetkommission beschlossene Resolution auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz gleich nach Beendigung des Krieges. Gegen das Einjährig-Freiwilligen-Privileg erklärten sich mit Ausnahme eines nationalliberalen Neulings im Parlament auch die übrigen Redner, der Zentrumsabgeordnete Kackhoff, der freisinnige Lehrer Sivkovich und der alte liberale Schulmann Kerschensteiner. Die Resolution aber, als deren Gegner auch Kerschensteiner auftrat, weil er theoretisch gegen jede Zentralisation auf dem Gebiete der Schule ist, konnte im Plenum nicht durchgesetzt werden. Sie fiel gegen die Stimmen der Linken. Die partikularistischen Gesichtspunkte, die Preußen durchaus den Vorzug lassen wollten, waren stärker als der Einheitsgedanke. Beim Gesundheitsamt kam es zu einem kleinen Zusammenstoß. Hier stritt man sich über den Stand der Volksgesundheit. Kunert von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und Dittmann von derselben Gruppe wandten sich unterstützt von unserem Genossen Hoch gegen jede Schönfärberei auf diesem Gebiete. Kuneris Bemerkungen über die russische Revolution, deren Zusammenhang mit dem Thema nicht ganz klar lag, trugen ihm einen Ordnungsruf und eine Erwiderung des Staatssekretärs ein. Beim Reichsversicherungsamt verlief die Debatte friedlicher. Hier äußerte der Zentrumsarbeiter Becker-Arnsberg Wünsche auf Entschädigung der Krankenkassen für die Kosten, die ihnen aus der Behandlung mit Kriegsschäden erwachsen. Genosse Hoch forderte den Ausbau der Arbeiterversicherung nach dem Kriege und jetzt schon die Vornahme der hierzu notwendigen statistischen Untersuchungen. Vom Regierungstisch wurde auf schwebende ernsthafte Erwägung verwiesen.

Zwischendurch war die Aenderung des Reichsstempelgesetzes, die die Verdoppelung der Reichsabgaben bei Grundstücksverkäufen bis auf weiteres, — der Reichstag beschloß bis zum 31. März 1918 — vorsieht, in allen drei Lesungen genehmigt worden.

Zum Schlusse kam die oben berührte Angelegenheit Helfferich — sein Konflikt mit den fünf großen Zeitungsfabrikanten — noch-

mals zur Sprache. Man kann nicht sagen, daß die Herren Verleger mit besonderem Ruhm bedeckt aus diesem Zusammenstoß herausgehen. Es wurde vor dem Lande öffentlich festgestellt, daß sie ihre privaten Interessen den öffentlichen weit vorangestellt haben!

Der Kampf gegen den Kanzler.

Frhr. v. Zedlitz veröffentlicht im „Tag" einen Artikel, in dem er sich scharf gegen den Kanzler ausspricht. Er empfiehlt der Regierung, sich von Illusionen freizuhalten, und den festen Boden des historisch Gewordenen nicht zu verlassen, und fährt dann fort:

„In bezug auf den Ministerpräsidenten sind in dieser Hinsicht gewisse Befürchtungen nicht abzuweisen, es darf nur an die reichsländische Verfassung und an die Verheißung des Königreichs Polen erinnert werden. Sache des Staatsministeriums wird es sein, etwaigen ideologischen Entgleisungen des Ministerpräsidenten rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben. Auch den Parlamentariern staatserhaltender Richtung, die zu positiver Mitarbeit an dem Reformwerk entschlossen sind, erwächst die unabweisbare Pflicht, darüber zu wachen, daß Realpolitik im Sinne des Wortes getrieben wird."

Frhr. v. Zedlitz empfiehlt schließlich, in der Frage der Reform des Wahlrechtes dem Minister des Innern v. Loebell völlig freie Hand zu lassen. Das scheint ihm also der „rechte" Mann zu sein.

Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches.

Die Regierung hat dem Reichstag den jüngst angekündigten Gesetzentwurf über die Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches zugehen lassen. Die Reform bezieht sich nur auf die Herabsetzung der Mindeststrafen bei folgenden militärischen Delikten: Erschwerter unerlaubter Entfernung, Fahnenflucht, erschwertem Ungehorsam, erschwerter Gehorsamsverweigerung, Widersetzung, tätlichem Angriff gegen einen Vorgesetzten, Aufwiegelung und Aufruhr und erschwertem Wachtvergehen.

In der Begründung wird ausgeführt: Die Anwendung der Kriegsgesetze hat infolge der hohen Mindeststrafen teilweise zu nicht gewollten Härten geführt. Das Militärstrafgesetzbuch ist vor fast 45 Jahren geschaffen worden und beruht in seinen den Krieg betreffenden Bestimmungen namentlich auf den Erfahrungen des Feldzuges von 1870/71. Verhältnisse, wie sie der jetzige Krieg gezeitigt hat: der lang anhaltende Stellungs- und Grabenkampf, das nervenaufreibende Ausharren in ständiger Gefahr, die seelische Wirkung der neuen Kampfmittel usw., ferner das gewaltige Aufgebot von Heeresangehörigen, unter denen sich naturgemäß manche befinden, die körperlich und geistig nicht voll den Friedensanforderungen entsprechen, traten in den früheren Kriegen nicht so in die Erscheinung. Hierzu kommt das dauernd enge Zusammenleben von Vorgesetzten und Untergebenen im Schützengraben, im Unterstand, im eng belegten Quartier; endlich ist durch die beschleunigten Ausbildungsverhältnisse bei dem jungen Soldaten vielfach das richtige militärische Empfinden noch nicht genügend ausgeprägt.

Alle diese Umstände erklären es, daß die im Felde begangenen Straftaten oft in milderem Lichte erscheinen, daß die hohen Mindeststrafen der Kriegsgesetze deshalb vielfach dem Rechtsempfinden nicht entsprechen und dem Richter die Möglichkeit gerechten Abwägens der Strafe nach der Größe der Schuld nehmen.

Trotz der Notwendigkeit, in den harten Zeiten des Krieges für gewisse Vergehen schwere Strafen anzudrohen, mußte daher bei allen den Kriegsgesetzen, deren Mindeststrafen bei der Anwendung erfahrungsgemäß ein Mißverhältnis zur Schuld gezeigt haben, eine Milderung als angezeigt anerkannt werden.

Das Schicksal des Jesuitengesetzes.

Der „Bayerische Kurier" brachte kürzlich die Mitteilung, daß das Jesuitengesetz aufgehoben werden solle. Wie die „Tägl. Rundschau" erfährt, entspricht die Mitteilung den Tatsachen. Schon in allernächster Zeit werde sich der Bundesrat mit einem Antrage, das Jesuitengesetz aufzuheben, beschäftigen. Da die preußischen Stimmen für diesen Antrag abgegeben werden, sei an dessen Annahme kaum zu zweifeln. Als seinerzeit der § 2 des Jesuitengesetzes aufgehoben wurde, waren im Bundesrat 29 Stimmen dafür, 4 Bundesstaaten enthielten sich der Abstimmung, die übrigen waren gegen die Aufhebung des Gesetzes. Das Jesuitengesetz ist am 16. Mai 1872 mit 183 gegen 93 Stimmen im Reichstag angenommen worden und hat seit dieser Zeit zu vielen heftigen Kämpfen im Reichstage geführt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 24. März.

Sommerzeit und Schulbeginn. Die Erörterungen über die Einwirkung der Sommerzeit auf die Schule und damit auf den Gesundheitszustand der Kinder werden noch immer fortgesetzt. Aus vielen Aeußerungen von Schulfachmännern und Aerzten geht hervor, daß gegen den frühzeitigen Schulbeginn, wie ihn die Sommerzeit mit sich bringt, schwere Bedenken zu erheben sind. Kürzlich hat sich auch der Jenaer Gesundheitsrat mit dieser Angelegenheit beschäftigt, wobei Prof. Lommel das einleitende Referat hielt. Unser Erfurter Parteiblatt berichtet darüber:

„Es sei notwendig, so führte der Redner hierzu aus, daß die Kinder, zumal in der gegenwärtigen Zeit, wo die Ernährung zu wünschen übrig läßt, 9—10 Stunden schlafen. Das letztere wird aber nicht eintreten, wenn der Schulbeginn eine Stunde früher anfängt. Wenn vielfach gesagt wird, daß die Kinder dann eine Stunde früher des Abends zu Bett gehen müßten, um früh ausgeschlafen zu haben, so sei das ein frommer Wunsch, der sich aber nicht erfüllen wird. Dann schilderte Prof. Lommel die Nachteile, die bei Kindern entstehen, die nicht genügend genährt und obendrein nicht genug geschlafen haben. Seine interessanten Darlegungen kann man dahin zusammenfassen: daß es besser ist, die Schulzeit wird um eine Stunde verkürzt, der Lehrstoff etwas zusammengedrängt — falls es den Lehrern möglich ist, damit die Kinder an ihrer körperlichen Entwicklung keinen Schaden leiden. In der ausgiebigen Aussprache pflichteten die Direktoren des Gymnasiums, der Oberrealschule und des Lyzeums den Ausführungen des Referenten vollkommen bei. Der Gymnasialdirektor erklärte, daß bei den Schülern des Gymnasiums der frühe Schulbeginn ungünstig gewirkt hat. In einer Zeit, wo auch die Schüler des Gymnasiums nicht dieselbe Nahrung zu sich nehmen können wie früher, soll man nicht noch den Schlaf verkürzen. Gewichtsabnahmen bis zu 10 Pfund sind bei einzelnen Schülern festgestellt worden. Auch sind von den 250 Schülern des Gymnasiums 6 Prozent herzkrank. Auch das ist eine Folge der nicht genügenden Ernährung. Mit Ausnahme der oberen Klassen kann er den früheren Schulbeginn nicht empfehlen.

Auf einen ganz andern Standpunkt stellten sich befremdlicherweise die Direktoren der Bürgerschulen (Volksschulen). Mit Ausnahme von zwei Herren vertraten sie die Ansicht, daß die Einführung der neuen Sommerzeit im vorigen Jahre auf die Schüler nur günstig gewirkt hat. Dr. Däumler stellte sogar die Behauptung auf, daß die Schüler, die ihm unterstellt sind, sich gegenwärtig wohler fühlen als früher. Vor dem Kriege hätten sie vielfach an Ueberernährung gelitten, wodurch sich angeblich mehr Krankheiten einstellten wie gegenwärtig. Auch kämen die Kinder, wenn die Schule früher beginnt, viel sauberer gewaschen und gekämmt in die Schule, weil sie dann früh mit der Mutter aufstehen und diese die Kinder mit anziehen könne, bevor sie auf Arbeit gehe. Prof. Lommel meinte in seinem Schlußwort: Wir müssen alles daransetzen, daß die Kinder nicht unnütz geschwächt werden. Und da sei ihm beim Unterricht schließlich doch ein Kind lieber, das richtig geschlafen hat, auch wenn es nicht mal so sauber gekämmt ist. Prof. Lommel hatte wohl die Mehrheit der Ausschußmitglieder auf seiner Seite."

Unser Erfurter Parteiblatt zitiert dann noch die Thüringer Lehrerzeitung, in der ein Lehrer über die Erfahrungen mit der Sommerzeit geschrieben hat: „Die Kinder kommen unausgeschlafen zur Schule. Welche Folgen hat die Schlafverkürzung für Schüler und Lehrer? Des Kindes Entwicklung, seine körperliche und geistige Gesundheit werden bedroht. Im Verein mit der Unterernährung treten Hemmungen im Wachstum und Gewichtsabnahme ein. Die Schüler bezw. deren Eltern verschlafen sich oftmals. Die Kinder sind unaufmerksam und denkfaul, gähnen, sitzen nicht still, sind reizbar, zeigen Unlust am ganzen Unterrichtsbetrieb. Stumpfsinnig folgen die Schüler den Darbietungen des Lehrers, dieser wird nervös — und sein Unterricht bleibt unfruchtbar. Mir scheint, mit Einführung der neuen Sommerzeit ist der Schule wenig gedient."

Münzen aus Zink und Aluminium. Gegenwärtig wird erwogen staatliche Münzen zu 10 Pfennig aus Zink auszugeben. Die Münzen werden, wenn die bundesrätliche Genehmigung hierzu erteilt werden sollte, aus reinem Zink hergestellt werden; sie haben natürlich nicht die Haltbarkeit der Nickelmünze, sind aber auch nur als Kriegsmünzen gedacht. Der Versuch, Zink zu Prägungszwecken zu verwenden, ist bereits mit gutem Erfolge in dem von uns besetzten Gebiete Belgiens durchgeführt worden, wo seit längerer Zeit 25-, 10- und 5-Zentimes-Stücke im Verkehr sind, die die Aufschrift „monnaie belge" tragen. — Die Prägung der Aluminiummünzen wird regelmäßig fortgesetzt. Die Berliner königliche Münze hat bereits für 25 000 Mark 1-Pfennig-Stücke ausgegeben; trotzdem ist in Berlin kaum eine Münze im Verkehr zu erblicken. Dies hat einerseits seine Ursache darin, daß die überwiegende Zahl der geprägten Münzen in die Provinz gesandt wurde und andererseits die von der Reichsbank verausgabten Stücke eifrig von Sammlern gesucht werden.

Aus dem Gerichtssaal. Trandiebstähle größeren Umfanges wurden hier auf der Wallhalbinsel wiederholt ausgeführt. Gestern hatten sich nun die Diebe und Hehler, insgesamt 7 Personen, vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Sie entwendeten ganze Fässer und verluden sie nach Hamburg, wo sie mit 350 Mk. pro Faß verkauft wurden. Auch nach Schwartau an einen Privatmann Heimb., ging die Diebesbeute. Letzterer wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Weit härter noch bestraft wurden die meisten der Diebe. Der Anführer der Gesellschaft St. erhielt 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust; seine Kumpane Ra. 2¾ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Ta. 2½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust; Franz Ku., der auch als Hehler fungierte, 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Zwei jüngere Brüder des letzteren, die der Hehlerei beschuldigt oder weniger an den Diebstählen beteiligt waren, kamen mit 5 resp. 3 Monaten Gefängnis davon. — Weil er kein Leder zum Besohlen der Schuhe hatte, stahl der Arbeiter D. in Malkwitz drei wertvolle Treibriemen, die er dazu verwenden wollte, sowie eine Waschleine. Da er bereits wegen Diebstahls vorbestraft ist, verurteilte die Strafkammer den Angeklagten zu 1 Jahr Zuchthaus.

Bezugscheinfreie Wäsche pries vor einigen Wochen der Reisende einer Charlottenburger Wäscheversandfirma an verschiedenen Plätzen an. Die Leute glaubten seiner Zusicherung, es handele sich um von der Behörde auf kurze Zeit freigegebene Ware, und machten zum Teil recht hohe Bestellungen. Nachher wandte sich der Reisende ohne Wissen der Besteller an die für die Ausgabe der Bezugscheine zuständigen Behörden. Er erhielt auch die Scheine. In einem Falle gelang es ihm, einen Bezugschein für 12 Herrenhemden, 6 Herrenbeinkleider, 3 Frauenhemden und 3 Frauenbeinkleider zu erhalten. Mit Recht wird man sich fragen, wie es möglich ist, daß in der jetzigen stoffarmen Zeit für einen einzigen Mann ein Bezugschein über eine solche Menge ausgestellt wird. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck hat sich die Verfolgung der von dem Reisenden — es kommt vermutlich ein ihr schon bekannter Wäscheschwindler in Frage — begangenen Betrügereien zum Ziele gesetzt. Sie bittet, ihr weiteres Material schleunigst zugänglich zu machen.

Das Betreten des Eises der Wakenitz ist jetzt vom Polizeiamt verboten worden, weil es an einigen Stellen nicht mehr haltbar ist. So lange wie in diesem Winter, ist es seit erdenklicher Zeit nicht mehr freigegeben gewesen. Und wenn die Kälte, die über Nacht wieder etwa 6 Grad beträgt, noch einige Tage anhält, besteht die Möglichkeit, daß man zu Ostern noch auf der Wakenitz Schlittschuh laufen kann. Wovor uns der Himmel bewahre!

Vorträge der Oberschulbehörde. Den Schluß der in diesem Winter stattfindenden Vorträge der Oberschulbehörde werden zwei Vorträge über das Problem der Einheitsschule unter sozialpolitischem und unterrichtlichem Gesichtspunkt bilden, die Schulrat Prof. Dr. Wychgram am Mittwoch, den 28. und Donnerstag, den 29. März, abends 8¼ Uhr in der Aula des Johanneums halten wird. Das Thema, das nicht nur in der Presse, sondern auch in fast allen Parlamenten der deutschen Bundesstaaten in den letzten Jahren sehr oft und eingehend besprochen worden ist, steht durchaus im Vordergrunde aller gegenwärtig schwebenden Schulfragen. Es hat die engsten Beziehungen sowohl zu der Organisation der höheren als auch der Mittel- und Volksschulen und greift auf wichtige soziale Fragen des Lebens über. Der Vortragende wird die Grundlinien des sehr verwickelten Problems darlegen und zwar im ersten Vortrage die allgemeinen Ideen auseinandersetzen, die zu dem Einheitsschulgedanken führen, während im zweiten Vortrage die praktische Organisation besprochen und einige schon jetzt vorhandene Durchführungsversuche auseinandergesetzt werden sollen. Wir bemerken noch, daß der Zutritt zu den Vorträgen für jedermann unentgeltlich ist.

Schmetterlingsausstellung im Naturhistorischen Museum. Infolge der freundlichen Bereitwilligkeit des Herrn Friedrich Jürgens ist es dem naturhistorischen Museum von heute ab möglich, einen großen Teil der umfangreichen, sehr wertvollen Privatsammlung des Herrn Jürgens auf einige Wochen weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Neben einer sehr reichhaltigen Sammlung von palaearktischen Schmetterlingen, die sich besonders durch den großen Reichtum an seltenen Varietäten einzelner Arten auszeichnet, deren Besitz viele große Museen nicht aufzuweisen haben, enthält die Sammlung eine große Menge von exotischen Schmetterlingen, von denen in erster Linie die farbenprächtigeren Arten aufgestellt worden sind, da es wegen Raummangels nicht möglich war, die ganze Sammlung restlos vorzuführen. Die ungeahnte Fülle von Farben- und Formenschönheit wird auch diejenigen Besucher des Museums die Sammlung mit Freuden betrachten lassen, die für die wissenschaftliche Seite der Sammlungen weniger Interesse haben. Da einer wiederholten Ausstellung mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen, ist ein Besuch des Museums in den nächsten Wochen dringend zu empfehlen. Das Museum ist Sonntags von 11—4 Uhr und Mittwochs von 2—4 Uhr unentgeltlich geöffnet. Schulen erhalten nach vorheriger telephonischer Anmeldung täglich von 9 Uhr ab freien Eintritt.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die überaus freundliche Aufnahme und der zahlreiche Besuch veranlassen die Direktion die Operette „Ein Walzertraum" auch noch für Sonnabend, Sonntag abend und Montag auf dem Spielplan zu lassen. Als Extravorstellung wird am Sonntag nachmittag 3½ Uhr das Schauspiel „Da kam der Hindenburg" gegeben. Für Jugendliche ist der Eintrittspreis auf 50 resp. 30 Pfg. festgesetzt. Für Erwachsene bleiben die üblichen Sonntagnachmittagspreise bestehen.

Spielplan des Stadttheaters. Sonntag nachmittag „Großstadtluft"; abends „Fra Diavolo". Montag „Egmont". Dienstag „Liebe", Gastspiel von Frl. Coste. Mittwoch „Die Csardasfürstin". Donnerstag „Aida", Gastspiel der Hofopernsängerin Barbara Kemp. Freitag „Wie es euch gefällt." Sonnabend „Fra Diavolo". Sonntag „Rose Bernd", Gastspiel von Luise Höflich.

pb. **Verkehr mit Eiern.** Zu der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend den Verkehr mit Eiern vom 23. März ds. Js., nach welcher auf den Abschnitt 9 der Eierkarte vom 26. März ab je 3 Eier verabfolgt werden können, wird uns geschrieben, daß es sich bei dieser Zuteilung um die Menge handelt, die für die Osterzeit ausgegeben werden kann. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß größere Mengen Eier voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zur Verfügung stehen werden, da eine große Sendung frischer dänischer Auslandseier erst in Kürze eintreffen wird. Es ist aber unbedingt sicher, daß die Anfuhren innerhalb der Zeit bis Ostern wenigstens derartig groß sein werden, daß bestimmt gegen jede Eierkarte 3 Eier abgegeben werden können. Es liegt demnach keine Veranlassung vor, daß das Publikum versucht, bereits Anfang nächster Woche sämtliche Eierkarten aus der vorläufig eingegangenen Eiersendung einzulösen.

Güstrow. Eine Feuersbrunst kam hier am Donnerstag abend zum Ausbruch. Es brannte auf dem Häuserkomplex, der von der Lindenstraße nach Osten hin, der Feldstraße nach Norden und der Kapellenstraße im Süden begrenzt wird. Das Feuer entstand in dem Maschinenraum des an der Lindenstraße 7 gelegenen umfangreichen Fabrikgrundstücks des Wagenfabrikanten Karl Milhahn und griff schnell auf die angrenzenden Werkstätten der Fabrik über. Das verheerende Element fand reiche Nahrung in den massenhaft im Holzraum lagernden trockenen Hölzern. Fast sämtliche Hintergebäude der angrenzenden Grundstücke: des Tischlermeisters Meincke und des Kaufmanns Otto Rasenack in der Feldstraße, der Stellmacherwitwe Sophie Krull Nr. 10 und 11 in der Kapellenstraße, die unmittelbar an die Wagenremise des Wagenfabrikanten Milhahn stoßen, sowie die Wohnhäuser Nr. 7 und 8 an der Lindenstraße, dem Wagenfabrikanten Milhahn gehörend, wurden durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen. Die Bewohner lagen im ersten Schlummer und flüchteten, nur mit den notwendigsten Kleidungsstücken angetan, ins Freie.

Heide. Großfeuer. Am Donnerstag äscherte ein gewaltiges Feuer das große Gemeise des Hofbesitzers Heinrich Wollatz in Hedemigenkoog ein. Das Vieh, die Möbel, sowie die umfangreichen Korn- und Fleischvorräte konnten geborgen werden.

Geesthacht. Mord und Selbstmord. Die in der Bergedorfer Straße wohnende Frau P. öffnete vor dem Schlafengehen den Gashahn und tötete sich und ihr Kind. Die Unglückliche, deren Mann als Kriegsinvalide aus dem Felde zurückgekehrt ist, soll die Tat aus Furcht vor Strafe wegen eines Vergehens begangen haben.

Stade. Bei einem größeren Feuer in Bockel bei Ahlerstedt sind unter anderem 150 Zentner Korn mit verbrannt, ebenso kamen außer den 30 Stück Hornvieh ein großer Bulle im Gewicht von 2000 Pfund und 7 Schafe in den Flammen um.

Neueste Nachrichten.

Genf, 23. März. Die Washingtoner Kabinettssitzung, die die Einberufung des Kongresses beschloß, verlief überaus stürmisch. Wilson verlas ein längeres Exposé über die Form der Anteilnahme Amerikas am Kriege. Wilson vertrat die Ansicht, Amerika dürfe sich nicht in unbegrenzte militärische Rüstungen einlassen, zum wenigsten nicht, bevor dies in einer imposanten Kundgebung des Volkswillens verlangt worden sei. Der Präsident gab noch einmal seiner Ueberzeugung Ausdruck, das Bündnis mit den Ententemächten stehe im Widerspruch mit der amerikanischen Politik und der Stimmung des Volkes. Der Präsident schlug sodann vor, die Kriegsoperationen der Vereinigten Staaten für den Augenblick auf die Wahrung der Interessen Amerikas und der Neutralen zur See zu beschränken. Diese Haltung müßte auch von den Alliierten einem offenen unbegrenzten Anschluß vorgezogen werden. Der Sache der Entente würde außerordentlicher Schaden erwachsen, falls die Vereinigten Staaten ihre Energie an Vorbereitungen verschwenden würden, die erst nach dem Kriege ihre Wirkung zeigen könnten. Wilson schlug vor, sich zwar des Kriegszustandes zu bedienen, um ein Gesetz über die Einführung der Militärpflicht vom Kongreß annehmen zu lassen, für den Augenblick aber, abgesehen von dem Schutz des amerikanischen Handels, mit den Alliierten nur in wirtschaftlichen und Handelsfragen zusammenzuarbeiten. Die Denkschrift wurde vom Kabinett gebilligt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Straßensperre.

Die Strecke der Hafenstraße, zwischen den Grundstücken der Firma H. & J. Brüggen und des Gastwirts Hofmann, diese Grundstücke eingeschlossen, wird für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Der Zutritt zu den gewerblichen Betrieben an dieser Straßenstrecke ist nur solchen Personen gestattet, die sich über eine Erlaubnis des Überwachungsoffiziers ausweisen können. Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum Betreten des abgesperrten Hafengebietes.

Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang ist der Durchgangsverkehr mit Fuhrwerken gestattet.

Lübeck, den 24. März 1917. (8112

Das Polizeiamt.

12. Nachtrag

zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916, betr. die Abgabe und den Verkauf von Kartoffeln.

Der Ausschuß für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.

Als Ersatz für fehlende Kartoffeln werden für die 7 Tage vom 26. März bis zum 1. April ausgegeben:

a) auf die Unterabschnitte 4 bis 8 des Abschnittes 19 der Kartoffelkarte 1½ Pfund Brot. Eine Trennung der Unterabschnitte 4 bis 8 ist unzulässig. Teilmengen dürfen daher weder entnommen noch abgegeben werden. Die Ausgabe des Brotes erfolgt durch die Bäcker und Brothändler.

b) auf die Unterabschnitte 9 und 10 des Abschnittes 19 der Kartoffelkarte 100 Gramm Kartoffelgraupen. Näheres wird von der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle bekannt gegeben.

II.

Die Unterabschnitte 9—18 des Abschnittes 19 der Zusatzkartoffelkarte berechtigen vom 27. d. M. an zum Bezuge von je ½ Pfund Kartoffeln.

III.

Inhaber von Kartoffelbezugsheften erhalten in der Geschäftsstelle der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 131, besondere Anweisung über die ihnen zur Verfügung zu stellenden Kartoffelmengen.

IV.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über die Kartoffelversorgung vom 26. Juni d. J. mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500.— Mk. bestraft. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 24. März 1917. (8104

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Speisefett.

In der Woche vom 26. März bis 1. April 1917 dürfen abgegeben und entnommen werden:

1. Auf Abschnitt **J X** des Lebensmittelbuches 40 Gramm Auslandsbutter.
2. auf Abschnitt **L IX** des Lebensmittelbuches 40 Gramm Margarine,
3. auf jedes Butterbezugheft 3/9 der höchstzulässigen Bezugsmenge, und zwar 4 Teile in Auslandsbutter und 4 Teile in Margarine,
4. auf den für die genannte Zeit gültigen Abschnitt der Zusatzfettkarte für Schwerstarbeiter 45 Gramm Margarine.

Der Verkaufspreis für 40 Gramm Auslandsbutter ist auf 29 Pfg und der für 40 Gramm Margarine auf 16 Pfg. festgesetzt.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 35 der Bundesratsverordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 24. März 1917. (8108

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 wird hiermit angeordnet:

Der Abschnitt 9 der Eierkarte hat vom 26. März bis einschl. 8. April 1917 Gültigkeit. Es dürfen auf ihn in dieser Zeit nicht mehr als drei Eier abgegeben und entnommen werden. Der Abschnitt darf nur von den Verkäufern abgetrennt werden. Die Vorschrift des § 3 Abs. 1 der weiteren Verordnung, betreffend den Verkehr mit Eiern vom 5. Oktober 1916, ist strenge zu beachten.

Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Lübeck, den 23. März 1917. (8084

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Entsprechend der Bekanntmachung des Ausschusses für Kriegshilfe vom 24. März 1917 sollen in der Zeit vom 26. März bis 1. April

100 Gramm Kartoffelgraupen
zum Preise von 90 Pfg. für ½ kg (1 Pfund)

auf jede Kartoffelkarte (nicht Zusatzkartoffelkarte) gegen Abtrennung der Unterabschnitte 9 und 10 des Abschnittes 19 ausgegeben werden.

Die Kartoffelgraupen sind bei demjenigen Kleinhändler zu entnehmen, bei welchem die Anmeldung zur Kundenliste für Kolonialwaren erfolgt ist.

Die gesammelten Unterabschnitte 9/10 der Kartoffelkarte für diese Verteilung (Nr. 29) sind von den Kleinhändlern bis zum 6. April an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, II, einzureichen. Kleinhändler, welche nach Ablauf der vorgeschriebenen Verteilungsfrist einen Rest von mehr als 1 kg Kartoffelgraupen übrig behalten haben, diesen Rest an die Sammelstelle, Fischstraße 30, abzuliefern.

Lübeck, den 24. März 1917. 8105

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Wir verweisen nochmals auf die **Ausgabe von künstlichem Dünger im Holstentor** an die **Buchstaben M-Z vom 26. bis 30. März.**

Letzte Tage der Ausgabe
auch für die **Buchstaben A-N**

Die **Bezugscheine** sind **vorher** im Geschäftszimmer der **Stadtgärtnerei Mühlendamm 7** (nicht Mühlenbrücke 7) gegen **Bezahlung** abzuholen.

Die Kriegshilfe
8107) **Abt. Gemüseban.**

Abgabe v. kondensierter Milch

ohne Einschränkung, so lange Vorrat. Preis 1,80 Mk.

(Preisermäßigung für Minderbemittelte)

in der Zentrale für private Fürsorge, Königstraße Nr. 19, von 10—12 Uhr und 4—7 Uhr.

8100 **Der Ernährungsausschuß.**

Bekanntmachung.

Im dringenden Interesse der Ernährung der städtischen Bevölkerung ersuchen wir die Erzeuger, die noch gesunde, nicht angefrorene Steckrüben vorrätig haben, diese unverzüglich unter Angabe der Menge an die Städtische Obst- und Gemüsestelle, Beckergrube 90, zu liefern. (8102

Städtische Obst- und Gemüsestelle.

Bekanntmachung

betreffend die Verlängerung der Annahmefrist für im März 1917 ausgefertigte Bezugscheine A und B alten Musters.

Die Reichsbekleidungsstelle hat angeordnet, daß die im März 1917 ausgestellten Bezugscheine A und B alten Musters bis Ende April 1917 Gültigkeit haben. Diese Scheine dürfen also bis zu diesem Zeitpunkt von den Gewerbetreibenden angenommen werden.

Lübeck, den 23 März 1917. (8098

Das Polizeiamt.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Brotverkauf.

Wir teilen hierdurch mit, dass wir, vielfach an uns herangebrachten Wünschen entsprechend, die Verkaufszeit für den Brotverkauf an den Sonntagen auf

Sonntags vormittags von 8 bis 9 Uhr

verlegen. Von 11—1 Uhr sind die Abgabestellen an den Sonntagen geschlossen.

8074 **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, d. 18. März, starb unser Mitglied, die Kollegin

Catharina Fedder.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Am Mittwoch, 21. März starb unser Mitglied, der Kollege

Ernst Möller.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 26 März nachmittags 2¼ Uhr, auf dem Vormerker Friedhof statt. Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 1¾ Uhr beim „Weißen Hirsch".

8103) **Die Ortsverwaltung.**

Plötzlich und unerwartet erhielt ich die tieftraurige Nachricht, daß mein lieber Mann, meiner vier Kinder guter Vater, der Schütze

Karl Bröcker

am 15. März dem grausamen Krieg zum Opfer gefallen ist. (8114

Dies zeigen tiefbetrübt an

Hedwig Bröcker
geb. **Artelt**
seine Mutter, Geschwister, Schwager, Schwägerinnen und Schwägerin.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitarbeiter, der Kollege (8088

Karl Bröcker.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiter der Kesselschmiede der Lübecker Maschb.-Gesellschaft.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck

Am Donnerstag verstarb unser Genosse

J. H. E. Möller.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Montag nachmittag 2¼ Uhr auf dem Vormerker Friedhofe. Die Mitglieder versammeln sich bis 1¾ Uhr im „Weißen Hirsch".

8097) **Der Vorstand.**

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (8068
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Mariesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
8069) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtg. stets vorrätig
Lieferung frei Haus auf eigen. Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Achtung:
Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgegend

Mitglieder-Versammlg.
am Sonntag, dem 25. März
nachmittags 2½ Uhr
bei Herrn F. L. Paetau, Fackenburg.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird dringend ersucht.

8106) **Der Vorstand.**

Die Unterzeichneten werden vom 1. April 1917 ab ihre Geschäftsräume 8111

an den Sonnabenden wie bisher um 3 Uhr,
an den übrigen Wochentagen jedoch um 6 Uhr nachmittags

schließen.

Dr. Benda & Dr. Vermehren, Hermann Brehmer & Dr. Paul Brehmer, Bienert & Dr. Fock, Fehling & Dr. Cuwie, Focke, Dres. Görtz, Muus, E. Brehmer I, Hinrichsen, Hach, Hässler, Dr. Hoffmann, Jacobsohn & Dr. Martin Meyer, Dres. Kähler, Schön, Uter, Dr. Koch, Dr. Mandorpf, Mollwo, Dr. Priess, Dres. Schröder & Landau, Steinbömer, Dr. Weber, Weyrowitz, Dr. Wittern, Schorer, Munck.

Betten-Duve liefert bestens u. billigst. 8070 **Gr. Burgstr. 32.**

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

HANSA-THEATER.

Sonntag, den 25. März, nachmittags 3½ Uhr:
Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen

Da kam der Hindenburg.

Vaterländ. Schauspiel in 4 Akten. (8088

Jugendliche zahlen auf allen Plätzen Saal 50 Pfg., Balkon u. Galerie 30 Pfg.

Abends 7½ Uhr, auf allgemeinen Wunsch:
Ein Walzertraum.

Montag, den 26. März, abends 7½ Uhr:
Ein Walzertraum.

Vorträge der Oberschulbehörde.

Schulrat Prof. Dr. Wychgram: Das Problem der Einheitsschule unter sozialpolitischem u. unterrichtlichem Gesichtspunkte.

Zwei Vorträge: (8080
Mittwoch, den 28. März, und Donnerstag, den 29. März
abends 8¼ Uhr
in der Aula des **Johanneums**

Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Verein der Musikfreunde.

26. volkstüml. Konzert
Mittwoch, den 28. März
abends 8 Uhr, in der Stadthalle.
Leitung: **Dr. Georg Göhler.**
8079

Nordischer Abend.

Sibelius: Schwan v. Tuonela. Järnefelt: Praeludium. Svendsen: Schwed. Volksmelodien. Aulin: Volksfest. Altvén: Midsommarvaka Grieg: Sigurd Jorsalfar und Eleg. Melodien. Svendsen: Fest-Polonäse.

Stadttheater. 8087

Sonnabend, den 24. März 1917
Anfang 7½ Uhr:
Zum ersten Male:
Liebe.
Eine Tragödie v. A. Wildgans.

Sonntag, den 25. März 1917
Nachmittags 3 Uhr:
Jeder Platz 50 Pfg.
Großstadtlutt.
Verlosung der Plätze Sonnabend abend von 8 bis 9 Uhr an der Theaterkasse.

Abends 7½ Uhr:
Gastspiel Rudolf Lange.
Fra Diavolo.
Komische Oper von Auber.
Beppo . . . . Rudolf Lange.

Montag, den 26. März 1917
Anfang 7 Uhr.
Große Wohltätigkeitsvorstellung zugunsten des Lübecker Landesausschusses für Kriegsverletzte:
Gastspiel von **Hilde Coste** v. Kgl. Schauspielhaus Berlin:
Egmont.
Klärchen . . . . Hilde Coste.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu
Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage: Lübeck
Lindenstr. 81 Tel. Nr. 634

Erzeugnisse
Die Kiste der Schokoladenfabrik Kiel
werden überall bevorzugt.

Fleisch- und Wurstwaren
Obst- u. Gemüsekonserven
Julius Scheber
Feinste Wurstwaren
Große Burgstr. 54

Heinrich Kronsbein
Travemünderstraße 26/28
Hansestraße 36

G. Peters
Beste Fleisch- und Wurstwaren

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich = Jede Zeile einmal = empfiehlenswerte Geschäfte = Zur gefl. Beachtung empfohlen =

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestraße
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Mützen etc.

Thüringer Wurstfabrik
August Scheere
Lieferant von Fleischwaren aller Art

Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr. 64
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Pelz-Gerberei
Reparaturwerkstätte Glandorpstraße
Schlittschuhe Schlittschuhschleifen

Samenwaren
Schuhmacherbedarf
August Popp
Breitestr. 7

Cigarrenhandlungen
Adolf Röhrich Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Weine
Wilhelm Rahfoht
Untertrave 113 Telephon 637
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Wurstfabrikation
Fleischwaren-Fabrik
Emil Aland
Guter Aufschnitt u. Wurst

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Eutin
Mews Mühle, Mühlenfabrikate

Mölln
C. Ahrens, Bäckermeister.

Schwartau
L. Schaap
Manufakturwaren u. Konfektion
Arbeitergarderoben
– Nähmaschinen –

Nr. 71
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Sonnabend,
den 24. März 1917

Die Aenderungen in der Lebensmittelversorgung.

Die Befürchtungen, die der Leiter der Reichsgetreidestelle vor kurzem im preußischen Landtag äußerte, daß unsere Getreidebestände nicht so erheblich seien, als bei Aufstellung des Verteilungsplanes für die Brotration angenommen wurde, haben sich leider erfüllt. Nach einem Bericht, den der Präsident des Kriegsernährungsamts, v. Batocki, am Freitag in der Sitzung des Reichstagsausschusses für Ernährungsfragen gab, müssen wir damit rechnen, daß vom 15. April ab unsere Brotration um ungefähr ein Fünftel herabgesetzt wird. Zur Begründung der Maßnahmen wurde vom Redner angeführt, daß man bei der starken Zufuhr, über die bis in den Januar hinein die Reichsgetreidestelle berichten konnte, sich der Hoffnung hingeben durfte, daß wir über eine gute Ernte verfügen. Die Bestandsaufnahmen, die jetzt erfolgt seien, haben ergeben, daß wir leider in unsere Bestände stärker eingegriffen haben, als nach der Berechnung vorausgesehen werden konnte. Die Erklärung dafür ist mannigfacher Art. Es habe sich ergeben, daß bei der Ausgabe der Brotkarten nicht die nötige strenge Kontrolle geübt worden sei. Es sind, wenn wir die Ergebnisse der Volkszählung berücksichtigen, ungefähr vier Millionen Brotkarten mehr ausgegeben, als bei der letzten Zählung Personen gezählt wurden. Die Bestandsaufnahme sei zwar noch nicht ganz sicher, da der Ausdrusch des Getreides noch nicht vollkommen erfolgt sei; es mußte deshalb vorsichtig geschätzt werden. Aber es habe sich ergeben, daß doch schon ein beträchtliches Manko festgestellt sei, mit dem für die Zukunft gerechnet werden müsse. Wo sich das Ergebnis besonders ungünstig gestalte, werde eine Nachkontrolle durchgeführt, die sicher noch ein besseres Resultat ergeben werde. Man müsse also der Gefahr, daß wir am Schlusse des Wirtschaftsjahres in Bedrängnis geraten, vorbeugen. Ob man gezwungen ist, die Ersparnisse, die für die nächsten Monate eintreten müssen, fortzusetzen, hängt ganz vom Ergebnis der Nachprüfung der bisherigen Schätzungen ab. Ergibt sich ein größerer Bestand, so wird man die unangenehme Maßnahme der Kürzung der Brotration wieder aufgeben können. Es habe auch eine größere Inanspruchnahme der Mehlbestände dadurch stattgefunden, daß wir die Kartoffelstreckung im Oktober aufgeben mußten, da uns bei der ungünstigen Ernte nicht die genügenden Mengen zur Verfügung standen. Als Ersatz wurde bisher Gerste genommen. Das wird nicht mehr möglich sein, da auch hier keine großen Bestände zur Verfügung stehen und die Gerste zu Nahrmitteln verwendet wird. Es muß deshalb die bisher gewährte Mehlration von 200 Gramm pro Kopf und Tag um 30 Gramm gekürzt werden. Das bedeutet eine Minderung der Brotration um ungefähr ein Fünftel. Desgleichen muß die Ration für Schwer- und Schwerstarbeiter um 25 Proz. herabgesetzt und die Zulage für Jugendliche aufgehoben werden. Für die Selbstversorger (Landbevölkerung) muß gleichfalls die Ration um 25 Proz. gemindert werden. Es sei anzunehmen daß die Ernte ungünstiger war als man annahm, und wahrscheinlich auch ein Teil des Brotgetreides verfüttert worden ist. Der schwere Eingriff in die Ernährung soll gemildert werden durch vermehrte Zuteilung anderer Nahrungsmittel.

Die Bestandsaufnahme der Kartoffeln sei im Gange. Das bisherige Resultat sei günstig. Es seien große Bestände vorhanden, die man nicht erwartet habe. Zum Glück seien nicht so viele Kartoffeln erfroren, als man befürchtete. Somit wird es möglich sein, pro Woche auf die Ration von 5 Pfund pro Kopf der Bevölkerung wieder hinaufzugehen und den Kommunalverbänden für die Schwer- und Schwerstarbeiter eine Zulage von weiteren 5 Pfund zu gewähren, die sie nach eigenem Ermessen zu verteilen haben. Sobald es die Witterung zuläßt, wird die Zufuhr der Kartoffeln mit Eifer betrieben werden. Bevor die Kartoffel-Mehrlieferung nicht gegeben werden kann, soll auch die Brotration nicht herabgesetzt werden.

Sodann werde man der städtischen Bevölkerung pro Kopf und Woche eine Erhöhung der Fleischration um 250 Gramm zukommen lassen; für Kinder unter 6 Jahren soll die Hälfte gewährt werden. Um der ärmeren Bevölkerung den Kauf von Fleisch auch zu ermöglichen, soll für dieses Quantum Fleisch durch einen Zuschuß aus Reichsmitteln der Preis erheblich gesenkt werden. Reich und Bundesstaaten zahlen den Gemeinden pro Kopf und Woche 70 Pfg. Von diesem Vorteil der niederen Preisstufe sollen die Wohlhabenden ausgeschlossen sein. Der Schritt, der hier unternommen werde, sei zwar bedenklich, und man habe sich nicht sehr leicht dazu entschlossen. Im übrigen handele es sich um Maßnahmen, die auch das Kriegsernährungsamt nicht angenehm empfinde; aber die Vorsicht gebiete uns, die hier zum Vortrag gebrachten Aenderungen eintreten zu lassen. — Die Debatte über den Vortrag wird erst in der nächsten Sitzung, am Montag, dem 26. März, erfolgen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März 1917.

90. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich.

Kurze Anfragen.

Abg. List (NL.) fragt, ob ein Reichsgesetz erlassen werden soll, durch welches die beschlagnahmten Vermögen von Fahnenflüchtigen nach Ablauf einer bestimmten Frist für die Reichskasse für verfallen erklärt werden, falls der Verurteilte sich nicht vorher stellt.

Ein Regierungskommissar: Die Erörterungen, die über diesen Gegenstand stattfinden, sind noch nicht abgeschlossen.

Der Gesetzentwurf betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen wird auf Antrag Spahn (Z) debattelos einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel: Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals 2. Rate 700 000 Mark.

Hierzu liegt ein Antrag Liesching (Vp.), der auch vom Zentrum, Nationalliberalen und Sozialdemokraten unterstützt ist, vor, zu den Kosten der Ausarbeitung von Entwürfen für die Herstellung eines Großschiffahrtsweges vom Rhein zur Donau und der Schiffbarmachung des Oberrheins und seiner Verbindung über den Bodensee mit der Donau 100 000 Mk. einzusetzen.

Der Abg. Bassermann (NL.) und Genossen beantragen eine Resolution, die den Reichskanzler ersucht, die Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich und die Schaffung eines Reichsamts für Wasserstraßen in die Wege zu leiten.

Eine weitere Resolution des Abg. Graf v. Westarp und Genossen (K.) wünscht die Einberufung eines Ausschusses, der prüfen soll, für welche Wasserstraßen im Interesse des Deutschen Reichs Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren sind.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Z.) begründet den Antrag Liesching, bei dem es sich erst um die Kosten der Projektierung handelt. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Großschiffahrtsweges vom Rhein zur Donau über den Neckar ist heute bereits Allgemeingut des deutschen Volkes geworden.

Abg. Feuerstein (Soz.): Der Ausbau der Wasserstraße vom Rhein zur Donau hat nicht nur eine große wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch eine ganz außerordentliche militärische, wie sich gerade im gegenwärtigen Kriege gezeigt hat. Es wäre von großer Wichtigkeit gewesen, wenn auf diesem Wege Zufuhren für das Heer hätten geliefert werden und so die Eisenbahnen hätten entlastet werden können. — Dem Antrag Bassermann stimmen wir zu. Wir müssen auf dem Gebiet der Verkehrsentwicklung alles tun, was einer Kräftezersplitterung entgegenwirkt. Nur wenn dies sowohl in der Kanal- wie in der Eisenbahnfrage geschieht, werden wir den wirtschaftlichen und militärischen Aufgaben der Zukunft gerecht werden. Natürlich dürfen unter dieser allgemeinen Frage die Einzelfragen nicht leiden. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Die Schaffung des Großschiffahrtsweges vom Rhein zur Donau über den Neckar liegt nicht nur im Reichsinteresse, sondern ist für Württemberg geradezu eine Lebensfrage; wir brauchen unbedingt Anschluß an den weltwirtschaftlichen Verkehr. Unter dem heutigen Zustand stagniert unsere Industrie, deren schwierige Lage durch die Verkehrs- und Kohlensteuer noch verschlimmert wird. Uebrigens ist auch schon im Schiffahrtsabgabengesetz die Kanalisierung des Neckars für die Großschiffahrt von Mannheim bis Heilbronn festgelegt worden. Württemberg selbst hat das Seine auf diesem Gebiete getan, es hat Projekte für diese Kanalisierung ausgearbeitet und bereits Hunderttausende dafür ausgegeben. Verbraucher und Produzenten sind sich in dieser Frage einig. Ein Großindustrieller hat für die Ausführung dieses Großschiffahrtsweges 13 Millionen gestiftet. Wenn die Kriegsgewinner alle ihre Gewinne in dieser Weise anwenden und damit der Volkswirtschaft wieder zufließen lassen würden, könnte man das nur begrüßen. Der Antrag Westarp bedeutet lediglich eine Verschleppung der schwebenden Kanalprojekte. Wenn es der Rechten ernst ist mit der Forderung der wirtschaftlichen Mobilmachung, so sollte sie ihren Widerstand gegen den Ausbau der Wasserstraßen aufgeben. Wirtschaftliche Mobilmachung ist für uns nichts anderes als alle wirtschaftlichen Kräfte im Frieden entwickeln. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. List (Natl.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Das Reich muß den Ausbau der Wasserstraßen regeln. Wieviel schöne Kanalprojekte sind nicht an dem leidigen Partikularismus gescheitert! Die deutschen Wasserstraßen der Zukunft müssen Reichsstraßen sein.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Ein leistungsfähiger Rhein-Donau-Wasserweg ist eine deutsche Angelegenheit. Ist doch die Donau geradezu das Zentral-Nervensystem des zukünftigen Mitteleuropa. Hätten wir die Wasserstraßen schon früher ausgebaut, so würden wir in diesem Kriege militärisch und wirtschaftlich ganz anders dastehen. Es ist ein Reichsamt für Wasserstraßen, wie es der nationalliberale Antrag fordert, notwendig. Ueberflüssig, ja geradezu verderblich wäre neben solchem Amt der von den Konservativen geforderte Ausschuß. Wir brauchen eine Vereinheitlichung des Gesamtverkehrs.

Abg. v. Brockhausen (K.): Die preußische Regierung und das preußische Parlament haben eine weitsichtige Verkehrspolitik betrieben, ohne um die Gunst der Massen zu buhlen. Dadurch hat Preußen vorbildlich für die anderen Bundesstaaten gewirkt. (Zuruf: Mittellandkanal!) Sie kommen jetzt mit dem sogenannten Kanal. Sagen Sie doch lieber gleich Kanal-Rebell. Die konservative Partei hat stets alles für die Entwickelung des Verkehrs getan. Den nationalliberalen Antrag lehnen wir grundsätzlich ab. Eine Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich würde zu einer Verkehrserschwerung führen. Ebenso würden Reichswasserstraßen in die Rechte der Bundesstaaten eingreifen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Verhandlungen mit den betreffenden Einzelregierungen über die verschiedenen Wasserstraßenprojekte schweben noch. Ich hoffe bestimmt, in der dritten Lesung bereits über das Ergebnis Auskunft geben zu können.

Abg. Thöne (Soz.) befürwortet ein Kanalprojekt zur Verbindung der Donau mit der Nordsee über die Werra. Der Verein zur Schiffbarmachung der Werra hat sich die größte Mühe gegeben, dies Projekt zur Durchführung zu bringen. Ich bitte die Regierung, auch dieses Projekt wohlwollend zu prüfen. (Bravo! bei den Soz.)

Die Abstimmung über den nationalliberalen Antrag auf Schaffung eines Reichswasserstraßenamtes bleibt bei schlechter Besetzung des Zentrums, das mit der Rechten dagegen stimmt, zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt Annahme des Antrages mit 125 gegen 110 Stimmen.

Der Antrag Graf Westarp (K.) wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt, der Antrag Liesching (Vp.) mit großer Mehrheit angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Es folgt der Etat des

Reichsjustizamts.

Der Ausschuß schlägt verschiedene Resolutionen vor:

1. Auf alsbaldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach dem Gewinne, die bei Kriegslieferungen durch übermäßige Preise entstanden sind, an den Reichsfiskus fallen sollen.
2. Auf schleunigste Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur wirksamen Bekämpfung des Kriegswuchers, insbesondere Einziehung der erlangten wucherischen Vermögenszuwachse.
3. Auf Einziehung aller durch verbotenen Malzhandel erzielten Gewinne zugunsten des betreffenden Bundesstaates.
4. Auf weitere Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) ersucht den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzes, durch das die Rechtsverfolgung ermöglicht wird in solchen Fällen, in denen ein ordentliches und ein besonderes Gericht sich gegenseitig als zuständig und sich selbst als unzuständig bezeichnet haben.

Abg. Belzer (Zentr.): Ueber das Gebaren der Kriegswucherer geht eine Empörung durch das ganze Volk. Man verlangt allgemein Einziehung des durch Wucher gemachten Gewinns neben der Bestrafung. Wir sehen, daß das Völkerrecht während

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewski

125. Fortsetzung.

Nun, sagt jetzt, konnte man nicht nach solchen Vorläufern zu nachfolgenden gewiesen werden? Indes, sage ich damit irgend etwas? Behaupte ich eine Tatsache? Ich habe damals nur angedeutet. Aber was habe ich zu denken? Nun, nichts, gar nichts, vielleicht absolut nichts! Und mich verleiten zu lassen, mich als Kriminalbeamten, dies war sehr unpassend sogar. Ich habe ja den Mikolay in meinen Händen, noch dazu mit Beweisen — soviel wie Ihr wollt Beweise sind da! Er besitzt ebenfalls eine Psychologie und man muß sich mit ihr beschäftigen: handelt es sich doch hier um eine Sache auf Leben und Tod. Ihr fragt gewiß, wozu ich Euch dies alles auseinandersetze? Nun, damit Ihr erfahret, und mit Herz und Verstand mich nicht wegen meines neulichen gehässigen Verhaltens anklagt. Ich spreche nichts Schlechtes, nur Wahres, hähähä! Und was denkt Ihr; ob ich damals nicht behufs einer Haussuchung bei Euch gewesen sein sollte? Gewiß war ich, ich war da, hähä, gerade als Ihr hier krank im Bett lagtet. Ich war nicht offiziell hier in meinem Beruf, aber ich bin doch hier gewesen! Der letzte Winkel in Eurem Quartier ist durchforscht worden — aber — umsonst! Ich dachte darauf: Er muß zu dir kommen jetzt, muß selbst kommen und zwar bald; wenn er schuldig ist, muß er unfehlbar kommen! Ein anderer nicht, nur der! Entsinnt Ihr Euch noch, wie Herr Rasumichin sich verschnappte? Wir hatten dies so verabredet, um Euch in Aufregung zu versetzen. Daher hatte ich vorsätzlich von dem Gerücht gesprochen, damit er sich gegen Euch aussprechen, denn Herr Rasumichin ist ein Mensch, welcher kein Unrecht leiden mag. Herrn Zametow war Eure Wut und Euer offener Spott schon früher aufgefallen, schon wie Ihr in dem Restaurant ihm gesagt hattet: Ich habe sie ermordet! Das war zu kühn gewesen, allzu kühn, und wenn ich denken sollte, ein solcher Sprecher sei schuldig, dann muß ich diesen für einen furchtbaren Gegner halten. So dachte ich damals! Ich wartete nun. Ich wartete auf Euch mit ganzer Seele — Zametow hattet Ihr damals einfach niedergeschmettert — darin lag ja eben der Hauptpunkt — die Psychologie an beiden Enden! Ich wartete also auf Euch und Gott gibt es, — Ihr kamt! Mir selbst hat das Herz geklopft! Ha! Weshalb hattet Ihr damals zu kommen gehabt? Euer Lachen, Euer Lachen, als Ihr bei mir eintratet, wißt Ihr noch, ließ mich wie durch eine Glasscheibe alles wahrnehmen; hätte ich Euch freilich nicht unter so besonderen Verhältnissen erwartet, so würde ich aus Eurer Heiterkeit nichts haben schließen können. Da habt Ihr, was es bedeutet, in Vorbereitung sein! Herr Rasumichin war auch geneigt — ach, entsinnt Ihr Euch, der Stein, der Stein, unter welchem die Sachen noch versteckt sind? Nun, als ob ich ihn sähe, bei jenem Gemüsegarten — so sagtet Ihr doch zu Zametow und später, zum zweitenmal auch mir. Als ich darauf Euren Aufsatz nochmals las, wie Ihr mir Erläuterungen gegeben hattet, — ja, da konnte man jedes Wort in doppeltem Sinne verstehen, es schien förmlich noch ein zweiter Gedanke unter jedem einzelnen zu liegen. So, Rodion Romanowitsch, bin ich bis zu den höchsten Stufen gekommen, und wie ich oben mit der Stirn anstieß, da kam ich wieder zur Erkenntnis. Nein, sagte ich mir, was tust du da! Wenn man etwas beabsichtigt, so kann man, sage ich mir, dies bis zum letzten Zug auf ganz andere Weise ausführen, und es wird dann auch viel natürlicher erscheinen. Seine Qual? Ein noch so kleines Anzeichen war ja allein für mich vonnöten! Als ich dann von jener Türschelle hörte, da bin ich fast ohnmächtig geworden und ein Zittern überkam mich. Ich dachte, da hast du ja das kleine Anzeichen! Das ist es! Aber ich überlegte damals nicht, ich wollte es nicht! Tausend Rubel hätte ich in jener Minute darum gegeben, aus meinen eignen Mitteln, um Euch nur „in die Augen" sehen zu können! Als Ihr darauf hundert Schritt mit dem Bürger ginget, nachdem dieser Euch „Mörder" ins Gesicht gerufen hatte, habt Ihr während dieser ganzen hundert Schritte diesen nach nichts zu fragen gewagt! Lag Euch die Eiseskälte im Rückenmark? Hörtet Ihr nicht die Türschelle läuten, in Eurer Krankheit während der Delirien?

„Es muß Euch nach alledem seltsam erscheinen, Rodion Romanowitsch, daß ich da mit Euch noch in solch' scherzhafter Weise konferierte? Aber weshalb mußtet Ihr gerade in jenem Moment zu mir kommen? Es hatte Euch wohl jemand dazu bewogen — wenn uns Mikolay nicht auseinandergebracht hätte, dann — Ihr entsinnt Euch desselben doch noch? Wohl ganz gut? Das war für mich ein Donnerschlag! Er kam aus der Wolke, ein jeder Blitz. Nun, wie hätte ich diesem begegnen können? Wohin sollte ich mich zurückziehen? Doch nur hinter Euch, als jener mir gar zu bereitwillig auf alles antwortete, sodaß ich in größte Verwunderung geriet, und ich ihm doch nicht für einen Pfifferling glaubte! Ich hatte mich hierin fest überzeugt. Nein, dachte ich, morgen früh! Was ist der Mikolay doch für ein seltsamer Mensch!"

„Rasumichin hat mir eben mitgeteilt, daß Ihr jetzt den Mikolay für schuldig haltet und jenen selbst dessen versichert habt." In ihm wallte es empor, er kam nicht zu Ende. In unbeschreiblicher Erregung hörte er zu, wie ein Mensch, der sich von allem losgesagt und zänzlich aufgegeben hat. Er fürchtete sich zu glauben und glaubte nicht. In den doppelsinnigen Worten suchte er gierig und fand auch den feineren und wahren Sinn.

„Herr Rasumichin!" rief Porphyrius Petrowitsch, erfreut über die Frage des schweigsam verharrenden Raskolnikow. Hähähä! Den habe ich aus dem Spiele lassen müssen: Man kann nicht zweien Herren dienen. Herr Rasumichin gehört nicht mit zur Sache, wir haben hier nichts mit ihm zu tun. Kam da kürzlich ganz bleich zu mir gelaufen, Gott sei mit ihm! Was übrigens Mikolay anlangt, so darf ich Euch wohl sagen, in welcher Weise ich ihn auffasse? Zunächst ist er ein noch junger Mensch, noch nicht einmal mündig, und hat, nicht daß er ein Feigling wäre, etwas von dem Wesen eines Künstlers. Ich freue mich, daß Ihr nicht lacht, indem ich mich so ausdrücke. Er ist unverdorben und für alles empfänglich; er hat auch Gemüt und ist phantast. Er singt und tanzt und erzählt, sagt man mir, daß die Leute von anderen Orten herkommen, um ihm zuzuhören. Er hat damals auch gestohlen, doch weiß er selbst nichts davon, denn „wenn etwas von der Erde aufgehoben wird, ist das ein Diebstahl?" Vielleicht ist Euch bekannt, daß er zu den Sektierern gehört? Er selbst hat sich noch unlängst ganze zwei Jahre hindurch auf dem Dorfe unter der geistigen Führung eines Greises befunden. Ich habe dies alles von ihm selbst erfahren. Er wollte sich jedenfalls für das Einsiedlerleben vorbereiten, und ist sehr gottesfürchtig; des Nachts betet er zu Gott, und liest alte andächtige Bücher. Petersburg hat einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht, besonders das weibliche Geschlecht, und dann auch der Branntwein. Er ist sehr empfänglich und hat seinen Alten und alles übrige ganz vergessen. Ich weiß, daß ihn ein Künstler hier sehr liebt, ihn öfter aufsucht: Da kam nun dieser Vorfall und die Folge war, daß er die Fassung verlor und sich hängen wollte. Geh' mir einer! Was ist zu tun, bei dem Begriff, welcher sich im Volke über unser Gerichtswesen verbreitet hat! Manchem klingt es furchtbar: „man verurteilt ihn". Wer ist daran schuld! Es sind neue Gerichtsverfahren da, heißt es. Ha, wollte Gott, es wäre der Fall! Im Gefängnis kommt mancher Greis noch zur Besinnung, und auch die Bibel wieder zum Vorschein. Wißt Ihr, Rodion Romanowitsch, was es heißt, bei manchen von ihnen, „dulden"? Es ist nicht nur, daß man wegen einer Person einfach leiden muß, es gilt hier vielmehr, das Leiden von der Gewalt verfügt auf sich zu nehmen, und dies ist schlimmer. Saß da zu meiner Zeit ein sehr ruhiger Arrestant ein ganzes Jahr in Sibirien und las des Nachts hinter dem Ofen in der Bibel, nun, er las und las, und las sie ganz durch, und siehe da, mir nichts dir nichts hatte er einen Ziegel ausgehoben, und nach einem Beamten geworfen, ohne jede Beleidigung von dessen Seite. Und wie hatte er geworfen: Absichtlich eine halbe Elle vorbei, damit der Wurf keinen Schaden anrichtete. Nun, Ihr wißt ja wohl, welches Schicksal einem Sträfling bevorsteht, der sich mit der Waffe in der Hand auf die Wache wirft. Er „nahm eben das Kreuz auf sich."

(Fortsetzung folgt.)

des Krieges in Trümmern liegt. Aber wie nach dem Kriege die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wieder angeknüpft werden, so muß auch das internationale Recht wieder aufgebaut werden unter der Führung des siegreichen Deutschlands.

Abg. Heine (Soz.): Auch wir wünschen, daß die Beziehungen der Nationen nach dem Kriege bald wieder so werden, daß sie das geistige Zusammenarbeiten, namentlich auch auf dem Gebiet des Rechts, ermöglichen. Aber nur auf dem Wege einer wirklichen internationalen starken Gemeinschaft wird man zu einem internationalen Recht kommen, das diesen Namen verdient. Mit denen, die keinen Frieden des Rechts, sondern einen Frieden der Gewalt haben wollen, und die jetzt schon vom nächsten Kriege reden, werden wir uns nicht verständigen können, seien sie bei uns oder bei anderen Völkern. Der Gedanke der ersten drei Resolutionen des Ausschusses, daß der übermäßige Kriegsgewinn und Wucher nicht nur kriminell, sondern auch mit Einziehung des wucherischen Gewinns zugunsten der Reichskasse bestraft werden soll, ist mir ganz sympathisch. Am sympathischsten ist Nr. 2, die einen Gesetzentwurf zur wirksamen Bekämpfung des Kriegswuchers fordert. In seiner Verurteilung sind wir wohl alle einig. Aber die Regelung in der Bekämpfung durch Bundesratsverordnungen kann ich nicht glücklich finden und noch viel unglücklicher ist die Praxis vorgegangen. Nicht der Wucherer ist abgeschreckt worden, sondern die anständigen Kaufleute sind beunruhigt worden, weil die Juristen den Begriff des übermäßigen Gewinns ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausgelegt haben. Am wichtigsten scheint mir die Nr. 4 der Resolution, die das unpfändbare Einkommen weiter erhöhen will. Die Lebensmittel sind auf das Doppelte, ja, auf das Dreifache im Preise gestiegen. Dreitausend Mark haben heute kaum den Wert, den noch vor 1 bis 1½ Jahren 2000 Mark hatten. Der Ausdruck „ähnliche Ansprüche" neben Lohn und Gehalt in der Resolution bezieht sich in erster Linie auf Ruhegehälter, die von der Judikatur nicht als Arbeits- und Dienstlohn anerkannt werden, während sie doch in Wirklichkeit nichts anderes sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Dove (Vp.) befürwortet eine Resolution Müller-Meiningen, die auch vom Zentrum, der Deutschen Fraktion, den Polen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten unterstützt wird. Es wird darin gewünscht, daß auch Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften auf Grund des Belagerungszustandes, wenn es sich nur um Kleinigkeiten handelt, recht milde behandelt werden.

Dr. Junck (NL.): Der Kriegswucher muß stärker angefaßt werden. Es gibt nichts Schimpflicheres, als die Not des Vaterlandes auszunutzen. Eine der ersten Aufgaben nach dem Kriege muß die Schaffung eines freien Koalitionsrechts sein. Nachdem manche Mißverständnisse auf sozialem Gebiet durch den Krieg beseitigt sind, wird eine Entwickelung des Arbeiterrechts leicht möglich sein. Auch das Tarifrecht harrt dringend der Regelung. Das Reichsjustizamt muß der Hüter der Rechtseinheit im Reiche sein. Dazu müssen ihm neue Aufgaben und neue Kräfte zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Holtschke (Kons., auf der Tribüne fast unverständlich) scheint der Resolution zuzustimmen.

Abg. Warmuth (D. F.) betont u. a. die Notwendigkeit der Erhöhung des Existenzminimums.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Auf den Niedergang der Rechtspflege im allgemeinen während des Krieges einzugehen, wird Gelegenheit sein bei dem Gesetz zur Vereinfachung der Rechtspflege. Die vorliegenden Resolutionen werden wenig nützen. Auch eine wirkliche Bekämpfung des Wuchers wäre nur möglich, wenn von allen Kreisen der Bevölkerung gewählte Richter darüber zu entscheiden hätten. Flugblätter müssen den Drucker und Verleger enthalten; ist das nicht der Fall, so ist nach einer Verfügung des Oberkommandos vom 10. März 1916 auch der Verbreiter strafbar. Aber die Aufrufe zur Zeichnung der Kriegsanleihen enthalten Drucker und Verleger nicht. Mit der Aufforderung zu ihrer Verbreitung sind strafbare Handlungen begangen worden. Wir wissen, wie junge Mädchen behandelt worden sind, die harmlose Flugblätter verbreiteten, in denen zum Besuch einer Versammlung aufgefordert wurde. Das einzig Strafbare war das Fehlen des Druckers und Verlegers. Monatelang wurden die Mädchen in Schutzhaft genommen und dann wurden sie unter Anklage gestellt und sie wurden zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie das Bewußtsein der Strafbarkeit haben mußten. Aber die Staatssekretäre, die die gleiche strafbare Handlung mit der Verbreitung der Aufrufe zum Zeichnen der Kriegsanleihe begangen haben, sind überhaupt nicht unter Anklage gestellt worden. Bei ihnen hat der Staatsanwalt also wohl angenommen, daß sie so hoch stehen, daß sie das nötige juristische Verständnis nicht haben. (Heiterkeit.) Der wirkliche Grund für die Nichtverfolgung der Staatssekretäre liegt freilich in etwas anderem, der Berliner Polizeipräsident hat ausdrücklich betont, daß die Verordnung des Oberkommandos erlassen ist hauptsächlich gegen die von der radikalen Minderheit der Sozialdemokratie ausgehenden Druckschriften. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Auch in der Berufungsinstanz wurden die Mädchen verurteilt und ihr Bewußtsein von der Strafbarkeit ihrer Handlungen konstruiert. Die Verhandlung war eine nichtöffentliche. Der Zweck solcher Rechtsprechung ist eben: Was schandbar ist, muß verhüllt werden. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Gegen solche Klassenjustiz haben Resolutionen keinen Zweck, die Grundlage muß zerstört werden. Bismarck hat einmal gesagt, daß er an dem neuen Regime nichts so sehr schätze als die absolutesse Oeffentlichkeit. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Aber die Winkel unserer Gerichtssäle müssen dunkel bleiben, denn sonst würde man ja überall die ganz unverhüllte Klassenjustiz sehen, die sich im Kriege noch schlimmer zeigt wie im Frieden. (Erbh. Zustimmung bei der Soz. Arb.) Weiter frage ich den Staatssekretär, was er gegen die Reichsanwaltschaft zu tun gedenkt, die ihr Ansehen herabgesetzt hat. Meine Freunde Eichhorn und Wolfe waren wegen Hochverrats angeklagt, wurden aber vom Reichsgericht freigesprochen und von dem Richter mit den Worten entlassen: „Sie sind frei, Sie können gehen." Auf dem Korridor erklärte ihnen aber der Reichsanwalt, er könne sie nicht freilassen, er müsse sie auf Requisition des Oberkommandos in den Marken in militärische Schutzhaft nehmen. Hat der Staatssekretär Schritte gegen diesen Uebergriff des Generalkommandos getan und hat er Stellung genommen zu dem Verhalten des Reichsanwalts, der entgegen dem Ausspruch des höchsten Gerichts die militärische Requisition für hinreichend erklärt, um die Betreffenden in Schutzhaft zu nehmen. Es zeigt sich darin das Mißachten der persönlichen Freiheit und das Sichducken des Richtertums unter die militärische Gewalt. Der Klassenjustiz können Sie nur entgegentreten, wenn Sie aufhören, die herrschende Klasse als die allein bestimmende anzusehen. Gerade im Kriege hat sich ja gezeigt, welches Unheil die Politik dieser herrschenden Klasse über Deutschland gebracht hat. (Zurufe.) Gewiß, es gibt Imperialisten, Kapitalisten und Kriegshetzer auch außerhalb Deutschlands und ich bekämpfe sie auch dort. Machen Sie kurzen Prozeß mit den Kriegshetzern und mit dem Kriege. Beendigen Sie die Macht der Kriegshetzer, dann haben Sie auch das Ende des Krieges. (Lebh. Beifall bei der Soz. Ar.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Die Auffassungen des Vorredners werden von der großen Mehrheit des Hauses wohl nicht geteilt. Von einem Niedergang der Rechtspflege im Kriege kann keine Rede sein; die Gerichte haben ihre volle Pflicht getan, dem Volke das hohe Gut einer guten Rechtspflege zu erhalten (Bravo!) In dem Falle Eichhorn war es ganz selbstverständlich, daß der Reichsanwalt dem Ersuchen des Oberkommandos in den Marken nachkam. Uebrigens war Eichhorn nicht freigesprochen sondern verurteilt, und es wurde nur die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Gegen die Abführung in Schutzhaft stand ihm auf Grund des im Dezember 1916 vom Reichstag angenommenen Gesetzes das Rechtsmittel der Beschwerde zu.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Sonnabend 11 Uhr. (Vorher: Gesetz über die Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch.)

Schluß 7½7 Uhr.

Helft unsern Helden zu Wasser und zu Lande!
Zeichnet die 6. Kriegsanleihe!

Lübeck zur Franzosenzeit.

Der 6. November 1806.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht:

„Wir kennen heute nur eine Forderung des Tages: kämpfen und siegen," diese Worte des Reichskanzlers sind jedem Deutschen aus der Seele gesprochen; wer nicht draußen im Schützengraben unser Vaterland verteidigen oder im U-Boote unsern schlimmsten Gegner an die Gurgel packen kann, hat in der Heimat Geschütze und Munition zu schaffen; und nicht nur Munition aus Stahl und Eisen, auch für die „silbernen Kugeln" — wie unsere Feinde sagen — zu sorgen, ist eines jeden Pflicht nach seinem Können und Vermögen.

Und sind wir es nicht unseren Feldgrauen im Schützengraben und unseren Blaujacken auf dem Meere, die in Treue das größte Opfer, das Blutopfer für uns bringen — wie Mackensen letzthin so treffend sagte — vor allem schuldig, nun auch unsererseits vor keinem Opfer zurückzuschrecken, um ihnen es zu ermöglichen, uns weiter vor unseren grimmigen Feinden zu schützen? Nur ihrem Mute und ihrer Treue verdanken wir es, wenn wir vor schlimmem und schlimmstem bewahrt geblieben sind und auch bleiben werden. Und wir in Lübeck in erster Linie haben alle Ursache zur Dankbarkeit, wir wissen ja aus eigener Erfahrung, was ein siegreiches Frankreich für uns und unser ganzes Vaterland zu bedeuten hätte. Gehört doch die Erinnerung an die Leiden des 6. Novembers 1806 und der sich daran anschließenden Jahre der Franzosenzeit zu den bittersten in unserer sonst so schönen und stolzen Vergangenheit.

Es ist doch vielleicht nicht ganz unangebracht, sich diese traurigen Vorgänge wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, die den wahren Charakter der Franzosen in ihrem Siegestaumel unverhüllt offenbart haben; sie zeigen recht drastisch und anschaulich, was uns bevorstände, wenn das Unglück es wirklich wollte, daß wir je wieder den Franzosen in die Hände gegeben würden — dann Gnade uns Gott!! Wir sind in der glücklichen Lage, in jenem bekannten Briefe des Chevaliers de Villers an die Gräfin Beauharnais über diese Ereignisse einen wahrhaft klassischen Zeugen zu haben, gegen den selbst seine Landsleute nichts einzuwenden haben werden.

Nach dem Unglückssiege von Jena und Auerstädt mußte sich Blücher mit seinem preußischen Korps, da ihm der Weg über die Oder abgeschnitten wurde, nach Nordwesten wenden, verfolgt von drei französischen Korps unter Bernadotte, Murat und Soult; er erzwang sich den Eintritt in das halb befestigte Lübeck, das die Franzosen nach einem glücklichen Gefecht am 6. November 1806 gegen Mittag erstürmten. Die drei Korps, 40 000 Mann stark, drangen von allen Seiten in die Stadt ein, erbittert über den hartnäckigen Widerstand der Preußen und über ihre eigenen Verluste. Nachdem man die Preußen in einem wütenden Straßenkampfe endlich zum Rückzuge gezwungen hatte, atmeten die unglücklichen Bewohner, die von diesem Gewitter völlig unvorbereitet und sämtlos getroffen wurden, auf, in der Hoffnung, daß nach dem Kampfe geordnete Verhältnisse eintreten würden. Sie wurden auf das schrecklichste enttäuscht. Drei Tage und ebensoviele Nächte lang waren sie den entsetzlichen Leiden durch das Plündern, Rauben und Morden einer rohen Soldateska preisgegeben, deren Zuchtlosigkeit durch nichts mehr in Schranken gehalten werden konnte. Gewiß gab es manche Offiziere, die diesem Jammer und Elend Einhalt zu tun sich bemühten, und von dem 32. Infanterie-Regimente wird ausdrücklich bezeugt, daß es sich nicht nur nicht an dem Plündern beteiligte, sondern sich ihm überall, wo es sich befand, widersetzt habe. Wenn es möglich war, bei diesem einen Regimente die Mannszucht aufrecht zu erhalten, warum dann nicht auch bei den anderen? Warum taten bei ihnen nicht die Offiziere ihre Pflicht — handelte es sich doch um eine Stadt, die mit dem Feinde nichts gemein hatte, in die sich Blücher mit seinem Korps gewaltsam Zutritt erzwungen hatte. Lassen wir Villers reden:

Unterdessen wurde es Nacht, und mit ihr mußte die Unordnung zunehmen. Die meisten Häuser aufgebrochen, mit Lichtern, Gesindel, Gehenden und Kommenden angefüllt; andere auch verschlossen, aus denen man verwirrtes Geräusch hervorkreischen, sogar Flintenschüsse darin fallen hörte. So ging ich unter Tränen, unter Stößen, womit die Haustüren eingesprengt wurden, unter Verzweiflungsgeschrei, wildem Geheul, klirrenden Gläsern, Hausgeräte, welches die Verwüster zerbrachen, unter Truppen zu Pferde und zu Fuß, die sich durchkreuzten, auf einem mit stinkendem Kote und Blut besudelten Pflaster, stolpernd über die in den Straßen herumliegenden Menschenleichname und Pferdeäser.

Dann: die Lage der Einwohner war an diesem Abend (des 7. Novembers) noch trauriger als am vorigen, weil auch noch neue Truppen in die Stadt zogen, die noch keinen Teil an der Beute gehabt hatten, und man auch die 20 000 Mann gefangener Preußen (nach ihrer Kapitulation bei Ratekau) hereinbrachte. Die Verwirrung war in den Straßen ebenso groß als am vorigen Tage, und in den Häusern herrschte laute Verzweiflung; kaum daß ich die Personen wiedererkennen konnte, die mir aufstießen. Männer und Weiber sahen Gespenster ähnlicher als Menschen. Einige Freunde, in deren Wohnungen ich ging, hatten weder Wäsche noch Kleider noch Lebensmittel mehr, keine unversehrten Möbel, keine Fensterscheibe ganz im Hause. Der Herr Syndikus Curtius fand, wie er mit mir heimging, sein Haus so umgekehrt, als hätte es ein Erdbeben ausgestanden. Sein Kabinett stellte ein Bild des Chaos dar. Schränke, Schreibtische, Schubfächer, Bücherbretter zerbrochen und umgeworfen; seine Bücher, seine Papiere verstreut und zerrissen, bedeckten den Boden und trugen die schmutzigen Spuren der Füße, welche darauf herumgestampft hatten. Alles, was einigen Wert hatte, bis auf ein altes Familienpetschaft, war fort. Dieselben Auftritte hatten bei noch vielen anderen stattgehabt.

„All' Dein Geld her, oder Du stirbst!" war die gewöhnliche Formel, mit auf die Brust halten einer Flinte, einer Säbelspitze, eines Pistolenlaufes unterstützt. Gar manche Unglückliche sind erwürgt worden, weil sie nicht schnell genug gehorchten. Männer, ehrwürdig durch ihr Alter, ihre Sitten, ihren Stand, Diener der Religion sind geschlagen worden, man hat sie unter die Füße getreten, verwundet, mit Stricken um den Hals fortgeschleppt, aufgehängt, und beinahe wären sie auf ihrer Diele erdrosselt worden, wäre man nicht eilends hinzugeeilt, sie zu befreien. Bisweilen warf man die Eigentümer aus ihren Häusern heraus, sich darin einzuschließen, um mit mehrerer Gemächlichkeit zur Plünderung zu schreiten. Man hörte nichts als Aechzen und Gestöhn, mit Geschrei und Fluchen untermischt.

Allein ein noch betrübenderes Unglück als Brand, Beraubung, als der Tod selbst, sind die von viehischer, keinen Zügel mehr erkennender Rohheit, dem schwächeren Geschlecht widerfahrenen Schmählichkeiten. Blutbesudelte Elende benutzten die Aengste des Schreckens, um mit ihren gräuelvollen Wollüsten unglückliche Schlachtopfer, halbtote Weiber zu vergiften. Die meisten von diesen werden ihre Entehrung nicht lange überleben. Man hat in verwichener Woche eine junge Person von achtzehn Jahren, ein schönes, frommes, sittsames, gutes Mädchen, begraben, die vorher die Liebe und die Freude ihrer Eltern, ihres ganzen Stadtviertels war. Eine gewisse Frau eines Handwerksmannes ist weniger unglücklich gewesen, weil sie nicht so lange ihre Schmach mit sich herumgetragen. Zweiundzwanzig dieser unnatürlichen Kerle hingegeben, wurden diese endlich gewahr, daß sie aufgehört hatte zu leben, daß sie in den letzten Zügen läge. Soldaten vom vierten Korps, die ins Irrenhaus eingebrochen waren, trieben ihre viehische Lust so weit, daß sie sogar die in diesem Spitale eingeschlossenen wahnsinnigen Dirnen mißbrauchten. Das mag wohl eine vielleicht einzige Tatsache in der Geschichte der Kriege und der gesellschaftlichen Barbarei heißen. Kurz, es sind Gräuel so wilder, so beispiellos frecher Wollust vorgefallen, daß ich nicht einmal nur darauf hindeuten darf.

Das sind doch Bilder, die nie aus unserem Gedächtnisse schwinden sollten — das ist der wahre Franzose, von dem ein Voltaire sagte, er vereinige in seiner Volksart den Tiger mit dem Affen; oder wie Chateaubriand bezeugt: bezaubernd im eigenen Lande, widerwärtig in der Fremde, einzeln die liebenswürdigsten unter den Menschen, in der Masse die unerträglichsten von allen; abwechselnd sanfter, unschuldiger als das Lamm auf der Schlachtbank und unerbittlicher, wilder als der Tiger, wenn er würgt. Nicht anders charakterisiert der Historiker Tocqueville seine Landsleute: die Franzosen sind das mildeste und wohlwollendste Volk der Erde, solange sie ruhig in ihrem Naturell bleiben, aber sie werden das barbarischste von allen, sobald heftige Leidenschaften sie herausreißen. Das ist das alte Gallierblut! Aber nicht nur, wenn die Leidenschaft den Franzosen blind macht, wütet er wie ein Tiger, welcher unmenschlichen Grausamkeiten er mit kalter Ueberlegung fähig ist, haben wir in diesen Tagen erst wieder durch den Kriegsminister Stein erfahren, der über die aller Menschlichkeit und Sitte hohnsprechenden Quälereien berichten mußte, denen unsere armen Gefangenen ausgesetzt werden.

Vae victis! Wehe dem Besiegten! — dieses alte Gallierwort sollten wir uns täglich vor Augen halten — wir wissen, was uns bevorstehen würde, wenn dieser Ruf je uns gelten sollte! Nun, davor bewahren uns Gott sei Dank unsere unvergleichlichen Feldgrauen im Schützengraben und unser Hindenburg. Aber sie brauchen auch unsere Unterstützung in der Heimat, soll ihnen nicht der Arm lahm werden, mit dem sie einen solchen Feind von uns abwehren. Ohne Kanonen und Granaten können auch sie nichts ausrichten — und zum Kriegführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld! Hier gilt es nicht zu zögern, mit jedem Betrag, den wir dem Vaterlande darleihen, helfen wir, uns den Feind vom Halse zu halten. Auf 12 Millionen Franken schätzte damals Villers den Verlust, den Lübeck in diesen wenigen Tagen erlitten hatte — wie viele ungezählte Millionen würden wohl heute Engländer und Franzosen aus der Stadt und ihren Bewohnern erpressen, wenn sie in ihrer Gewalt wären! Da ist es doch wohl besser, ein jeder trägt dazu bei, daß wir nicht erst in ihre Hände kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Anbeiraumlichkeiten sowie Besuche zur Konfirmation unserer Tochter Irene lehnen wir dankend ab.
E. Hinrichs,
8064. Travemünder 3.

Ihre vollzogene Kriegstrauung zeigen an: (8059
August Schütt u. Frau geb. Gertrud Leipold.
Hamburg.
Für die Gratulationen und Geschenke danken herzlich D. O.

Für den Sonntagsdienst
suchen noch einige
Jäger und Schützen
eingestellt. (8070
Wegen Umzuges, gut bewährter, gesucht in Seiten von den Schützen, mit einer Bodenfläche von 150—170 m, wollen sich melden in Sarnes Gastwirtschaft.
Direkt Steuerstelle.

Bauarbeiter
werden eingestellt am Bau Grete Gerade 90. (8101
A. Fast, Baugeschäft.

Wohl. Zimmer, 2 Betten, m. mit Kücke od. nebst Zimmer zu vermiet. an dauernden ob. Dame. 8081 Adresse: Bl. L.

Zwei moderne Stubentüren, 0.85×2.10 m, mit Zarge und empfehlen zu verkaufen. 8051 Glockengiß. 18, pt.

Suche mit alte belgische Kaninchen zu verkaufen. 8080 Dankwartsstr. 40, pt.

Zwei Ferkel zu verkaufen
Zu besehen nach 12 Uhr. 8059 Glockengiß. 3, pt.

6 Legehühner zu verkaufen. 8088 St. Jürgenstr. 147.

Zu verkaufen 2 belgische Kaninchen und eine holländische Ziege. (8100 Grenzstr. 33.

Kanarienvögel
zu verkaufen. (8090 Sandstraße 13, pt.

Zu kaufen gesucht 8064
Aquarium, event. Fische und Pflanzen.
Ang. erb. u. Th 5 a. d. Exped.

Zahle für
Stutz- u. Schweif-Pferdehaare
per Pfd. 6.00 Mk.
Reine Ochsenhaare
per Pfd. 4.30 Mk.
Hausstandslumpen
10 ₰ das Pfund.
Knochen 5 ₰ per Pfund.
Guter- u. Sammelgelegenheit, insbes. Spinnereiwaare und Kettenwaare
höchste Tagespreise.
Lissauer,
Kl. Schrangen 8. (8091

Ausgekämmte
Frauenhaare
kauft zu den höchsten Tagespreisen (8085
Lissauer, Kl. Schrangen 8.

Kaufe
Säcke
und Packleinen
Lissauer,
reichsamtlich angestellter Aufkäufer, (8092
Kl. Schrangen 8.

Herrschaftlich. Mobiliar, bestehend in gr. Post. in Sofas, Garnit., Trum., Vertikows, Tische, Schlafzim., Kleiderspind, Werkt. im Möbelfaden (kein Trad.) Wahmstraße 33. Handler verbet. (8077

Verk. u. 9. März i. d. Moosstr. (Markt) am Vorsam. m. Mk. 15. 1 Schlachtschwein u. 1 Futterschwein. Ulr. Wittenstraße 28. 8068

Taschenuhren
Wanduhren
Weckuhren
Schmucksach.
Willi Westphal
32 Holstenstrasse 32

Aerztl. Sonntagsdienst
am 25. März, von 1 Uhr ab: (8082
Dr. Heddinga, Geibelplatz 1
Dr. Siering, Pferdemarkt 15.
Dr. Fr. Christern, Kapitenstr. 4.

Morgen keine Sprechstunde
Dr. med. Dornseifer. 8083

Zahn-Praxis (8067
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Leder-
kernecken, bester und billigster Schlensparer bei (8075
C. Grimm Nehf.
Schlumacherstr. 6.
Von 8—1 und 4—6 Uhr.

Kriegsküchen.
Dienstag und Freitag Fleischkarte mitbringen. (8 77

Empfehle mein reichhaltiges Lager von
K. A.-Seifenpulver
Nur auf Seifenmarken erhältlich.
Ferner (8069
Fußbodenöl-Johannewachs, Blitzblank Schuhcreme
in bekannter Güte.
Seifenhaus Speltmann,
Lübecker Straße 58, pt.
Filiale Wakenitzstraße 17, pt., neben der Milchhalle.

Mey's Stoff-Wäsche
Kragen (8 78
Vorhemd
Manschetten
Krawatte
zusammen Mk. 1.55
Aug. Janensch
Sandstraße 6.